

HAMBURG/DEN 26. MAI 1922

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 200 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFÜHRUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSÉE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VII. JAHRGANG

NR. 21

Staats- und Wirtschaftskalender

17. Mai

In Genua gibt Tschitscherin seine grundsätzliche Zustimmung zu den Beschlüssen über die Einberufung der Haager Konferenz. Der „Gottesfrieden“ soll vom 20. Juni an sieben Monate dauern, d. h. 4 Monate über die voraussichtliche Dauer der Haag-Konferenz hinaus, und soll für sämtliche Sowjetrepubliken Geltung haben.

Die Note, in der die Vereinigten Staaten die Beteiligung an der Konferenz ablehnen, wird veröffentlicht. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß die Ablehnung auf ein Mißverständnis bei der Übersetzung des Einladetextes beruht und daß weitere Verhandlungsmöglichkeiten bestehen.

Die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort protestieren bei de Facta gegen die unrechtmäßige Besetzung.

Die Wirtschaftskommission von Genua legt ihre Entschlüsse vor.

Der Anleiheausschuß der Reparationskommission wird, nach einer Meldung der „Chicago Tribune“, eine Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen auf 70—80 Milliarden $\mathcal{M}$ vorschlagen, da durch das Moratorium für die russischen Zahlungen ein Präzedenzfall geschaffen sei.

Die englische Regierung bleibt im Unterhaus bei einer Abstimmung über Pensionsfragen mit drei Stimmen in der Minorität.

Tichon, der Patriarch von Moskau, legt auf das Drängen der höheren Geistlichkeit hin sein Amt nieder.

Der Reichstag berät den Etat des Reichsarbeitsministeriums.

Eine Aussperrung der Metallindustrie in Frankfurt, Rheinhessen und Nordbaden, die wegen der Nichtannahme des Schiedsspruches (Ersatz der 46-Stundenwoche durch die 47-Stundenwoche) erklärt worden ist, betrifft über 30 000 Arbeiter. — Dollar: 289.25 $\mathcal{M}$.

18. Mai

Die politische Unterkommission in Genua beendet ihre Tätigkeit nach Fertigstellung der Beschlüsse. — Reichskanzler Wirth bespricht sich mit Lloyd George. — Frankreich schickt eine Kommission unter Parmentier nach Washington, um wegen der Rückzahlung der Kriegsschulden zu verhandeln. Es soll die grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt werden, doch wird Frankreich, um seinerseits Rußland und Deutschland Zahlungsaufschub geben zu können, ein Moratorium nachsuchen.

Die Genfer Tagung des Völkerbundsrates wird geschlossen. Eine vorläufige Grenzlinie zwischen Polen und Litauen wird festgesetzt.

Das neugebildete griechische Kabinett Stratos erhält im Parlament keine Mehrheit und tritt zurück.

In Washington beginnt eine Konferenz zur Schlichtung der Grenzstreitigkeiten zwischen Chile und Peru.

Der geschlagene General Chang-Tso-lin erklärt sich für unabhängig. — Japan erklärt die Aufrechterhaltung seiner Neutralität. — Dollar: 294.— $\mathcal{M}$.

19. Mai

Die Schlußsitzung der Konferenz von Genua findet statt. Nach Reden der Führer von fast allen Delegationen, worunter Rathenau, Tschitscherin und Lloyd George, werden die Beschlüsse der Wirtschaftskommission und der politischen Unterkommission — diese mit verschiedenen Vorbehalten der einzelnen Staaten — angenommen. — Der deutsche Reichskanzler spricht vor den italienischen Pressevertretern.

Die Pariser Verhandlungen des Reichsfinanzministers in der Reparationsangelegenheit gehen weiter.

Ein Handelsvertrag zwischen England und Litauen wird abgeschlossen.

Die allrussische Exekutive genehmigt die Politik der Delegation in Genua und den Vertrag von Rapallo.

Der Reichstag genehmigt den Etat des Reichsarbeitsministeriums. — Dollar: 291.50 $\mathcal{M}$.

20. Mai

Der Reichstag nimmt den Gesetzentwurf über die Autonomie der Reichsbank in zweiter und dritter Lesung an und berät den Etat des Reichsarbeitsministeriums. — Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet über einen Referentenentwurf für eine neue Getreideumlage, der bei teilweise verschärften Bedingungen die Möglichkeit von Preiserhöhungen vorsieht.

Asquith spricht sich auf der Tagung des Nationalliberalen Bundes gegen die Methoden von Genua und entschieden für die Neuordnung der Reparationsfrage aus.

Poincaré erwidert auf eine schriftliche Anfrage des früheren Finanzministers Klotz, daß Frankreich, sobald ein „Versäumnis“ Deutschlands durch die Reparationskommission festgestellt sei, nach Mitteilung an die anderen Mächte selbständig Maßnahmen treffen könne. — Auf einer Rede in Straßburg wiederholt Poincaré seine Angriffe gegen die „militärischen Rüstungen“ Deutschlands.

Die Exekutive der 2. (Gewerkschafts-) Internationale tagt in Köln.

Verhandlungen zwischen Italien und Südslawien haben zu einer Einigung geführt. — Dollar: 302.50 $\mathcal{M}$.

22. Mai

Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie beginnt in Hamburg.

Italienische halbamtliche Äußerungen stellen die Sensationsmeldungen französischer Blätter über den Abschluß eines englisch-italienischen Übereinkommens dahin richtig, daß in Vorverhandlungen der beiden Staaten bisher Einigkeit über gemeinsame Richtlinien der Politik gegenüber Rußland, in der Türkei und in Nordafrika hergestellt worden sei.

In Griechenland wird ein neues Koalitionskabinett unter Protopapadakis gebildet, dem Gunaris und Stratos als Minister angehören. — Dollar: 313.75 $\mathcal{M}$.

Nach der Konferenz von Genua

Die erste Universalkonferenz der europäischen Staaten ist beendet. Ob sie ein Erfolg oder ein Fehlschlag gewesen ist, wird heute nicht zu entscheiden sein. Man mag mit einigem Aufwand an Dialektik und Vergeßlichkeit diese oder jene These verteidigen; wir wenigstens wollen uns darüber klar sein, daß die Wahl der These im wesentlichen von eignen Wünschen, Vorurteilen und Absichten abhängen muß, solange der Gang der Dinge nicht herausgestellt hat, was von den großmütigen Entschlüssen, feierlichen Versprechungen und augurenhaften Gesten zur politischen Wirklichkeit werden wird. Die in Genua versammelten Staatsmänner, ihre Gehilfen und ihre Ratgeber werden sich darüber nicht täuschen, daß die Bewertung ihrer Worte und Taten nicht weniger unter den Wirkungen einer gewissen Inflation zu leiden hat als die Bewertung der Valuten. Es ist auch in der internationalen Politik zu viel Papier im Umlauf und der Versuch einer Kontraktion dieses Umlaufs ist auch dort so schmerzhaft und gefährlich, daß man sich vielleicht erst dann dazu verstehen wird, wenn es zu spät ist. Frankreich kennt besser als irgendein Land den heillosen Zustand des Aufwachsens aus einer anarchischen Assignatenwirtschaft und versucht daher, die Geltung seiner Staatsmänner vor solchem Erwachen der Wählerschaft mit verzweifelter Hartnäckigkeit und ganz untauglichen Mitteln zu schützen. Aber auch in England und in den Vereinigten Staaten, von Belgien zu schweigen, ist noch ein weiter Weg zurückzulegen, bis man sich doch zu der radikalen Bilanzreinigung entschließen wird, die die erste Vorbedingung für den Aufbau ist. Es scheint, daß Lloyd George selber seinem Lande ein paar Schritte voraus ist. Aber gerade hier eröffnet sich eines jener Probleme, an denen die Genueser Konferenz so reich ist: in demselben Maß, in dem der englische Premier durch sein taktisches Genie und die Unerschöpflichkeit seiner rednerischen Ressourcen in Genua an europäischem Ansehen gewonnen hat, scheint er im eigenen Lande an Gefolgschaft weiter verloren zu haben. Die von ihm angedeutete Möglichkeit eines Bruchs der Entente hat ihm die konservativen und halbkonservativen Elemente entfremdet, die eine stetige englische Politik nur auf der Grundlage eines dauernden Einvernehmens mit Frankreich für möglich halten und die sich schon mit der improvisierenden Art, in der die Genueser Konferenz geplant und in Szene gesetzt wurde, nicht gerne abgefunden hatten. Es ist bezeichnend, daß auch das Blatt, das man als Organ der Londoner City anzusehen pflegt, der „Economist“, dieser Opposition nahe zu stehen scheint.

Ein ähnliches Verhältnis: Gewinn auf der einen Seite, dem auf der anderen Seite ein ebenso großer Schaden entspricht, ist nicht nur bei Lloyd George vorhanden, und vielleicht ist dies das sicherste Ergebnis der Konferenz, daß sie zwar keines der großen Zentralprobleme gelöst, die Schwierigkeiten der Lösung aber mit grausamerer Deutlichkeit hat heraustreten lassen als es in den undurchsichtigen Sonderverhandlungen der letzten Jahre möglich war. Die wirkenden Kräfte haben sich nackter, unabwendbarer und eindeutiger als je an der Oberfläche gezeigt. Man kann sie von neuem bemänteln, aber man kann diesen Augenblick nicht aus der Zeitgeschichte streichen, in dem die wirtschaftlichen Triebkräfte aller heutigen europäischen Politik bloßgelegt waren: Arbeitslosigkeit und Staatsgläubigerinteressen, Petroleum- und Holzkonzessionen, Rohstoffbeschaffung und Absatzmärkte.

Dies anerkennen, bedeutet nicht, sich dem Dogma des „historischen Materialismus“ zu verschreiben. Nicht jede

Epoche wird am stärksten in ihrem Geist und Staat durch wirtschaftliche Interessen bestimmt, wohl aber die unsrige, soweit sie durch die Personen und Handlungen der Öffentlichkeit vertreten wird. Sie wäre höchst erschrocken, wenn ein Staatsmann ihr ein anderes Prinzip der Gestaltung aufzwingen wollte, das nicht mit der höchsten Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität vereinbar wäre. Arbeiterschaft und Unternehmertum sind hier durchaus einer Meinung, und was Tschitscherin in marxistischen Formeln sagt, spricht Rathenau im gleichen Geiste aus, wenn er mit einer Variation eines (oft mißverstandenen) Napoleonwortes ausruft: „Die Wirtschaft ist das Schicksal.“

Auch die französische Politik macht, wie auch der Augenschein dem widersprechen möge, von dieser Regel keine Ausnahme. Es scheint zwar, daß sich hier staatliche, militärische, außer- und gegenwirtschaftliche Kräfte gegen den Übergang zu einer Politik der Verständigung einsetzen, die allein den Interessen der universalen wirtschaftlichen Verflechtung gemäß wäre — aber es scheint eben nur. Die französische Wirtschaft ist anders geartet als die Englands, Deutschlands und Nordamerikas. Ihre wichtigsten Figuren sind nicht der Industrielle des Textilbezirks und der Händler der Seestädte wie in England, der gewerbliche und kaufmännische Unternehmer und der kapitalistisch denkende Landwirt wie in Deutschland, sondern der Kleinbauer und der Finanzier. Jener will Sicherheit und Renten, dieser will immer neue Quellen von Finanzierungsgewinnen. Jener aber ist Objekt, dieser Subjekt der Politik. Er hält in jenem die Furcht wach vor bolschewistischen Eigentumserschütterungen und deutschen Heeresinvasionen und nährt die Hoffnung auf deutsche und russische Zahlungen, die doch sofort in neue militärische Abenteuer gesteckt werden würden, statt die Produktivität des Landes steigern zu helfen. Dies liegt im Wesen der französischen Wirtschaft, die hierin dem römischen Kapitalismus näher steht als dem anglo-deutschen. Die Rolle, die dort die Steuerpächter spielten, die in den Provinzen nach finanziellen Gewinnquellen suchten, fällt in Frankreich den Großbanken zu, die nicht in der Finanzierung der heimischen Industrie den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit finden, sondern durchaus in Auslandsgeschäften. Diese aber sind am gewinnbringendsten in politisch abhängigen Ländern, und so gehört Ausdehnungs- und Prestigepolitik in ganz anderem Maß zu den Erfordernissen der französischen Wirtschaft, als in den Ländern, in denen nicht die Bedürfnisse der Haute Finance, sondern des Industriellen und Kaufmanns das Gesicht der Wirtschaft bestimmen. Daß neben den Banques d'Affaires auch einige französische Industrieverbände erheblichen Einfluß auf den Gang der Politik üben, ist bekannt. Doch befinden sich hier die Industriellen durchaus im Schatten der Emissionsbanken, und schon die Herrschaft dieser Banken über die großen Tageszeitungen zeigt an, wer der Geführte und wer der Führende ist.

Wäre es anders, so wäre das Verhalten der französischen Politik sowohl gegen Rußland in Sachen der Vorkriegsschulden wie gegen Deutschland in Sachen der Reparationszahlungen schwer verständlich. Sieht man das russische Problem vom Standpunkt des französischen Industriellen an, der einen neuen Markt erobern will, so ist nicht zu begreifen, daß lange, kostspielige und mühevollen Verhandlungen über Schulden geführt werden müssen, an deren Bezahlung in absehbarer Zeit kein Kenner der Verhältnisse glauben wird. Für den Industriellen ist es wichtig, früher als die Mitbewerber und mit geringer

Belastung durch nationale Abneigungen und unliebsame Erinnerungen auf dem Plan erscheinen zu können. Dem steht aber in Frankreich die Politik der Emissionsbanken gegenüber, die die russischen Werte in Frankreich eingeführt und den französischen Sparer systematisch zur Anlage seiner Kapitalien in diesen Papieren verleitet haben. Versagt der französische Druck auf Rußland, so bedeutet das für die Pariser Banques d'Affaires eine sehr schwere Schädigung ihres Prestiges. Die französische Volkswirtschaft wird die Verluste der vor dem Krieg in Rußland angelegten Kapitalien unschwer verschmerzen: die Emissionsbanken nicht.

Ähnlich steht es mit der Interessenlagerung in der Reparationsangelegenheit. Die französische Volkswirtschaft als Ganzes hat kein Interesse an überhohen Reparationslasten, die den Markkurs an die Grenze der Zerrüttung treiben, Deutschland als Käufer auf dem Weltmarkt ausschalten, als Verkäufer zum Dumping zwingen und das dunkle Feuer des Revanchewillens mit jedem Jahre stärker schüren. Das französische Budget ist mit Energie und Geschick auch ohne große deutsche Leistungen unschwer in Ordnung zu bringen, wenn Frankreich eine Politik der Sicherungen aufgibt, die nur neue Gefahren schaffen und damit das Bedürfnis nach immer neuen, immer kostspieligeren Sicherungen im Schoße tragen. Der Wiederaufbau Nordfrankreichs wäre bald beendet, wenn nicht die Gewinnabsichten der Bauunternehmer neue Verwicklungen schufen. Daß es in Frankreich an Kapital nicht mangelt, zeigt die Behauptung, daß ein erheblicher Teil der deutschen Reparationsanleihe von Frankreich gezeichnet werden würde.

Dennoch scheint uns die rigide Reparationspolitik Frankreichs nicht nur und nicht letzten Endes von militär- und natio-

nalpolitischen und nicht nur, soweit es sich um Beseßung des Ruhrgebiets handelt, von industriepolitischen Tendenzen bestimmt. Es ist wiederum die französische Finanzoligarchie, deren Interessen nicht mit denen der Gesamtwirtschaft übereinstimmen. Die Emissionsbanken, die ganz überwiegend ausländische Werte emittieren, brauchen einen höheren Frankenkurs um einen Teil ihres Prestiges und ihres Terrains wieder zu erobern. Sie können diese Kurssteigerung nur durch sehr erhebliche Tribute Deutschlands erreichen. Sie dürfen ferner hoffen, an einer riesenhaften Anleihe, durch die die deutsche Schuld mobilisiert werden soll, ebenso riesenhafte Provisionen zu verdienen. Und sie werden vermutlich glauben, daß bei der Erweiterung der französischen Besatzungszone, zumal ins Industriegebiet, für sie außerordentliche Gewinnmöglichkeiten entstehen, die für den Verlust der anderen Chancen wenigstens einigermaßen entschädigen können. Daß sie in Beziehungen zu den französischen Rüstungsindustrien stehen, wird ebenfalls angenommen werden können.

Es erscheint uns fraglich, ob sich eine französische Politik der Intransigenz ohne die Stützen dieser übermächtigen Finanzinteressen auf die Dauer behaupten könnte. Sie werden ihr Spiel nicht ohne schweren Kampf aufgeben. Denn sie wissen, daß es um ihre Herrschaft selber geht. Daß die Wahlen gegen sie entscheiden werden, ist bei der Größe ihrer Mittel nicht sehr wahrscheinlich. So lautet die europäische Frage heute, ob die führenden Männer der englischen und amerikanischen Hochfinanz imstande sein werden, den ungemein fähigen Leitern der Pariser Banques d'Affaires ihren Willen aufzuerlegen.

Kurt Singer

Deutschlands Außenhandel im ersten Vierteljahr 1922

Der deutsche Außenhandel schloß im 1. Vierteljahr 1922 mit einem Einfuhrüberschuß der Mengen von 5,0 Mill. dz und einem Ausfuhrüberschuß der Werte von 1634 Mill. M ab. An diesen Vierteljahrssummen betrachtet, könnte die Handelsbilanz leicht als günstig angesehen werden: Einfuhrüberschuß der Mengen bei Ausfuhrüberschuß der Werte deutet auf einen starken Bezug von Rohstoffen und guten Absatz von Fertigfabrikaten hin, beides vereint ein Zeichen gesunder Volkswirtschaft. Die Vierteljahrssummen täuschen jedoch; die Monatsbilanzen ergeben, einzeln betrachtet, ein wesentlich anderes Bild. Im Januar war der Außenhandel nach Mengen passiv mit 2,8 Mill. dz, nach Werten aktiv mit 1755 Mill. M, im Februar nach Mengen aktiv mit 2,7 Mill. dz, nach Werten ebenfalls aktiv mit 1493 Mill. M. Für die Monate Januar und Februar zusammen ergibt sich daraus ein geringer Einfuhrüberschuß der Mengen von 0,1 Mill. dz, und ein Ausfuhrüberschuß der Werte von 3248 Mill. M. Diese Zahlen deuten bei einem Lande wie Deutschland, das für seine Industrie nicht genügend Rohstoffe und für seine Ernährung nicht genügend Lebensmittel erzeugt, auf einen Ausverkauf in großem Umfange hin, der bei längerem Anhalten, notwendigerweise zu einer Stagnation und Krise der inländischen Industrie führen müßte. Die Aktivität der Handelsbilanz kann also unter dieser Form nicht den von ihr erhofften Segen bringen. — Die Tendenz zur Aktivität zeigte sich in einer ziemlich deutlichen Bewegung, die im November 1921 einsetzte. Im Oktober hatte die seit langem bestehende Passivität sowohl in den Mengen als auch in den Werten ihren Höchststand mit 10,3 Mill. dz, bzw. 4164 Mill. M erreicht. Sie war die Folge der durch den einsetzenden Marksturzhervorgegerufenen Eindeckungs- und Spe-

kulationskäufe. Besonders die Lebensmitteleinfuhr war beträchtlich gestiegen. Der immer weiter sinkende Kurs der Mark, hielt in der Folge einerseits die Importeure von weiteren Einkäufen in starkem Maße zurück, während er andererseits den Export anregte, ohne ihn allerdings mengenmäßig zu steigern. Wir sehen daher den Einfuhrüberschuß der Mengen von 10,3 Mill. dz im Oktober, auf 6,3 im November und 1,6 im Dezember fallen; gleichzeitig erniedrigte sich der Einfuhrüberschuß der Werte von 4164 Mill. M im Oktober auf 366 Mill. M im November, während der Dezember bereits einen Ausfuhrüberschuß von 847 Mill. M aufwies. Im Januar stieg die Einfuhrmenge noch einmal stärker als die der Ausfuhr, jedoch zeigt der Februar, das Endglied dieser Kette, nunmehr zum ersten Mal auf beiden Seiten ein Aktivsaldo: bei etwa gleichbleibenden Werten waren die Mengen beträchtlich gesunken, in der Einfuhr von 23,1 auf 14,8 Mill. dz, d. h. um 36%, in der Ausfuhr aber nur von 20,3 auf 17,5 Mill. dz, d. h. um 14%. Daß diese Einschränkung der Einfuhr, sich auf die Dauer nicht behaupten konnte, war vorauszusehen. Die Nachfrage nach Auslandsware mußte wieder einsetzen, wenn eine Knappheit an Lebensmitteln und eine Krise der Produktion vermieden werden sollte. Der Umschwung trat im März ein, wenn auch nicht ganz in der eben angedeuteten Art, indem wohl Rohstoffe, nicht aber oder weniger Lebensmittel verstärkt eingeführt wurden. Die Einfuhr der Mengen stieg von 14,8 im Februar auf 26,4 Mill. dz, d. h. um 81%, die Ausfuhr von 17,5 auf 21,5 Mill. dz, d. h. um 23%. Gleichzeitig stieg in den Werten die Einfuhr von 12 047 auf 22 919 Mill. M, d. h. um 90%, die Ausfuhr von 14 540 auf 21 285 Mill. M, d. h. um 47%. — Über die Weiterentwicklung des deutschen Außen-

handels kann man natürlich nur ungewisse Vermutungen hegen; der lang gefürchtete und teilweise schon begonnene „Käuferstreik“ gibt zu der Befürchtung eines erneuten Rückganges der Einfuhr Anlaß.

Menge in Mill. dz, Wert in Mill. M.	Einfuhr				Ausfuhr			
	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert
	1920	1913	1920	1913	1920	1913	1920	1913
Jan./Dez.....	188,5	728,2	98130	11127	198,1	737,5	69311	10182
	1921	1913	1921	1913	1921	1913	1921	1913
Mai.....	15,3	59,4	5486	905	11,5	57,8	4558	827
Juni.....	18,2	61,1	6409	924	15,1	58,2	5468	815
Juli.....	19,2	69,4	7580	932	15,6	62,6	6208	861
August.....	21,1	64,7	9418	839	18,3	59,6	6684	785
September....	25,3	63,8	10668	909	18,7	63,5	7519	875
Oktober.....	30,3	68,4	13875	968	19,7	64,7	9711	900
November.....	25,3	63,3	12278	985	19,1	59,6	11912	810
Dezember.....	20,9	58,3	13707	960	19,3	65,9	14554	963
Mai/Dezbr....	175,6	508,3	79421	7422	137,3	491,9	66614	6836
	1922	1913	1922	1913	1922	1913	1922	1913
Januar.....	23,1	54,2	12773	950	20,5	55,4	14528	773
Februar.....	14,8	52,9	12047	875	17,3	63,7	14540	848
März.....	26,4	52,4	22919	861	21,5	61,6	21285	860

Menge in Mill. dz, Wert in Mill. M.	+ Ausfuhr, — Einfuhrüberschuß				Durchschnittswert in M. je dz				Index des Durchschnittswertes der Einfuhr und Ausfuhr		Weltmarkts- Index 1)	
	Menge	Wert	Menge	Wert	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	1920	1921	England	U. S. A.
	1920	1913	1920	1913	1920	1913	1920	1913	1920	1921	1920	1921
Jan./Dez.	+ 9,6	+ 8,6	- 28819	- 945	521	15350	14	100	100	100	100	100
	1921	1913	1921	1913	1921	1913	1921	1913	1921	1921	1921	1921
Mai..	- 3,9	- 1,6	- 928	- 78	359	15396	14	69	113	71	59	59
Juni..	- 3,1	- 2,9	- 941	- 109	352	15362	14	68	103	74	68	68
Juli..	- 3,6	- 6,8	- 1372	- 71	395	13398	14	76	114	79	77	77
Aug..	- 2,8	- 5,1	- 2734	- 54	446	13365	13	86	104	86	82	82
Sept..	- 6,6	- 0,3	- 3149	- 34	422	14402	14	81	115	115	107	107
Okt..	- 10,3	- 3,7	- 4164	- 68	462	14492	14	89	141	160	155	155
Nov..	- 6,3	- 3,7	- 366	- 175	488	16624	14	94	178	270	265	265
Dez..	- 1,6	+ 7,7	+ 847	+ 3	656	16754	15	126	215	193	184	184
Mai/Dez.	- 38,3	- 16,4	- 12807	- 586	452	15485	14	86	135	131	125	125
	1922	1913	1922	1913	1922	1913	1922	1913	1922	1922	1922	1922
Jan..	- 2,8	+ 1,2	+ 1755	- 177	553	18716	14	106	205	202	195	195
Febr..	+ 2,7	+ 10,8	+ 1493	- 27	814	17831	13	157	238	232	221	221
März..	- 4,9	+ 9,2	- 1634	- 1	867	16991	14	166	283	313	295	295

1) Der Weltmarkts-Index zeigt die in Mark umgerechnete Preissteigerung in England bzw. in Amerika an, unter Berücksichtigung der Großhandelspreise und des jeweiligen Marktstandes in den betreffenden Ländern. Hierbei ist der Durchschnitt des Jahres 1920 gleich 100 gesetzt.

Die Durchschnittswerte der gehandelten Mengen haben sich in den letzten sechs Monaten durchaus entsprechend den Devisenbewegungen beträchtlich erhöht; der Preis für 1 dz „Durchschnittsware“ betrug im März 1922 bei eingeführten und ausgeführten Waren etwa das Doppelte des Preises vom Oktober 1921. Während derselben Zeit ist der Dollarkurs im Monatsdurchschnitt von 150,20 auf 284,19, also ebenfalls rund auf das Doppelte gestiegen. Um diese Parallelität anschaulicher zu zeigen, haben wir in der obigen Tabelle die Durchschnittswerte und die mit den Großhandelspreisen kombinierten Marktkurse in England und den Vereinigten Staaten in Form von Indexzahlen zusammengestellt. Die gemeinsame Basis ist der Durchschnitt des Jahres 1920. Da die Preis- und Valutaverhältnisse größtenteils erst in den Handelsergebnissen des jeweils folgenden Monats in Erscheinung treten, muß man den Index des Durchschnittswertes des einen Monats mit dem Weltmarktsindex des vorhergehenden Monats vergleichen. Dann sehen wir beispielsweise, wie der Index des Durchschnittswertes dem Sinken des Weltmarktsindex im Dezember (infolge der Aufbesserung der Mark) erst im Januar folgt; das Fallen der Mark im Januar zeitigt dann augenscheinlich ein Steigen der Durchschnittswerte im Fe-

bruar, usw. Wenn wir nun sehen, daß in den ersten drei Monaten dieses Jahres der Index der Durchschnittswerte in stärkerem Maße gestiegen ist als der Weltmarktsindex, so kann dies entweder eine in Pfund-Sterling oder Dollar gerechnete Verteuerung der gehandelten Waren oder eine Verschiebung ihrer Zusammensetzung zugunsten der hochwertigen Waren bedeuten. Die Untersuchung der Warenezusammensetzung wird zeigen, daß in der Einfuhr des ersten Vierteljahres die hochwertigen Waren, Fertigfabrikate und auch Lebensmittel und Getränke, in der Tat prozentual stärker vertreten waren. Daß dies bei der Ausfuhr nicht der Fall war, spricht für die Tatsache, daß die deutschen Ausfuhrpreise sich den Weltmarktspreisen nähern.

Die folgende Übersicht veranschaulicht die Beteiligung der Lebensmittel und Getränke, der Rohstoffe und Halbfabrikate und der Fertigfabrikate an Einfuhr und Ausfuhr nach Gewichten. Als Grundlage dienten die Angaben in „Wirtschaft und Statistik“, die für den Monat März leider nicht vollständig sind. (Die geringen Gewichtsmengen der gehandelten Tiere und Edelmetallwaren sind vernachlässigt.)

Mill. dz	Einfuhr			Ausfuhr		
	Januar	Februar	März	Januar	Februar	März
Lebensmittel, Getränke	2,3	1,8	3,8	1,4	0,8	1,2
Rohstoffe, halbf. Waren	19,9	12,1	?	14,1	12,7	15,5
Fertige Waren	0,9	0,8	?	4,8	4,0	4,8
Zusammen ...	23,1	14,7	26,5	20,3	17,5	21,5
	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.
Lebensmittel	10	12	14	7	5	6
Rohst., halbf. Waren ...	86	82	?	70	73	72
Fertige Waren	4	6	?	23	22	22

In der Einfuhr sehen wir für die drei Monate Januar, Februar, März eine ständige Steigerung der Lebensmittel und Getränke von 10 über 12 auf 14 v. H. der Gesamteinfuhrmenge. Für die beiden ersten Monate sank der Anteil der Rohstoffe und halbfertigen Waren von 86 auf 82 v. H., während der der fertigen Waren sich von 4 auf 6 v. H. hob. In der Ausfuhr sank der Anteil der Lebensmittel im Februar von 7 auf 5 v. H. und stieg dann im März wieder auf 6 v. H. Der Anteil der Rohstoffe und halbfertigen Waren erhöhte sich im Februar von 70 auf 73 v. H. und ließ im Januar wieder um 1 v. H. nach. Die fertigen Waren waren im Februar und März mit 22 gegen 23 v. H. im Januar vertreten.

Das Statistische Reichsamt ist dazu übergegangen, außer den „Monatlichen Nachweisen des auswärtigen Handels“ auch eine Übersicht nach der auf der internationalen handelsstatistischen Konferenz in Brüssel im November 1913 beschlossenen Warengruppierung zu veröffentlichen. Die Neuerung ist insofern zu begrüßen, als sie einen bisher fehlenden Überblick über die Bewegungen einzelner Waren oder engerer Warengruppen gewährt. Der Vorteil der internationalen Vergleichbarkeit steht solange dahin, bis sich auch die anderen Staaten diesem System angeschlossen haben. Davon hält aber besonders der Übelstand ab, daß ein solches internationales Warenverzeichnis der wechselnden Bedeutung einer Ware im Handel verschiedener Staaten nicht genügend Rechnung tragen kann. Im übrigen bestehen dieselben Mängel, die einer jeden Warengruppierung notwendigerweise anhaften. — Die zwei folgenden Tabellen sind

nach der Veröffentlichung des neuen Systems in „Wirtschaft und Statistik“ (Heft 8) in Form eines Auszuges zusammengestellt. Leider fehlen jegliche Vergleichszahlen aus der Vorkriegszeit und vorläufig auch die Angaben für den Monat März.

Warenarten	Einfuhr			
	Mengen in 1000 dz		Werte in 1000 M.	
	Januar	Februar	Januar	Februar
I. Lebende Tiere	36,4¹⁾	19,2¹⁾	142 347	231 528
darunter:				
Pferde ²⁾	2899	5728	66 121	189 682
Rindvieh ²⁾	4373	3424	23 002	17 970
Schweine ²⁾	38853	7101	52 487	22 873
II. Lebensm. u. Getränke	2298,1	1816,1	2 727 012	2 780 779
darunter:				
Getreide, Mais, Reis ..	1541,1	887,9	1 164 808	647 404
Mehl, Graupen usw. . .	8,0	11,7	5 220	12 961
Kartoff., Gemüse, Obst	167,1	170,2	193 663	205 866
Zucker	21,8	5,5	14 348	4 841
Kaffee, Tee	43,6	43,2	128 070	186 991
Kakao, Schokolade ..	55,2	119,7	182 458	385 927
Fleisch, Speck	35,7	43,5	79 407	104 025
Fische	51,0	159,6	26 331	109 658
Milch, Butter, Käse ..	24,7	23,1	67 328	71 216
Schmalz, Talg, Margar.	208,2	208,3	571 768	717 752
Alkoholische Getränke	41,3	32,7	87 953	54 487
III. Rohstoffe u. halbfertige Waren	19867,7	12122,7	7 705 839	6 912 736
darunter:				
Wolle u. and. Tierhaare	117,9	276,7	566 505	1 582 657
Roh- und Florettseide	1,7	2,0	170 682	232 873
Baumwolle	250,0	192,5	1 357 827	965 065
Flachs, Hanf, Jute usw.	139,8	78,4	268 936	171 318
Felle, Häute	84,1	58,0	593 469	579 274
Rohtabak	20,8	33,0	121 037	192 566
Ölfrüchte u. Ölsaaten	536,9	362,8	883 721	607 813
Bau- und Nutzholz ..	1112,3	960,4	143 595	114 710
Harze, Kautschuk usw.	74,0	47,0	187 149	126 909
Steinkohlen	1940,8	1627,3	148 097	150 220
Braunkohlen	1619,1	541,7	60 030	22 032
Koks und Preßkohlen	66,6	36,0	3 517	1 693
Mineralöle	509,0	414,8	304 477	377 760
Eisenerze	8377,4	4092,2	411 075	159 935
Schwefelkies u. andere				
Schwefelerze	830,7	538,4	70 333	55 106
Eisen, roh	365,1	192,8	66 889	51 180
Kupfer, roh	266,1	1448,1	1 088 632	602 614
Kalisalze	0,0	—	4	—
Sonst. chem. Rohstoffe u. Halberzeugnisse ..	51,1	126,5	36 106	51 726
IV. Fertige Waren	887,4³⁾	793,5⁴⁾	2 065 448	2 075 847
darunter:				
Gespinnste und Gewebe aller Art	64,7	55,9	1 216 759	1 291 499
Kleid., Putzwar., Hüte	0,3	0,1	14 912	13 628
Leder und Lederwaren	4,4	3,9	56 764	61 810
Tabakerzeugnisse	0,8	1,4	6 735	9 978
Möbel und Holzwaren	12,3	10,6	8 541	9 549
Papier u. Papierwaren	2,8	1,9	6 648	5 115
Büch., Bilder, Gemälde	1,5	1,4	9 346	11 485
Farben und Farbwaren	6,4	3,7	19 071	6 276
Sonstige chem. und pharmaz. Erzeugn. .	67,6	77,9	146 394	154 799
Ton-, Porzellan-, Glaswaren, Glas	57,1	55,9	32 106	39 611
Eisenwaren	496,8	480,2	212 126	241 251
Kupferwaren	0,6	1,3	4 624	6 988
Feinmechan. Erzeugn.	0,2	0,0	5 348	1 092
Maschinen	10,1	6,6	27 187	18 987
Elektrotech. Erzeugn.	3,2	3,0	14 093	12 262
Kinderspielzeug	0,1	0,1	332	407
V. Gold u. Silber, nicht bearbeitet, Münzen.	0,2	0,2	132 361	46 421
Gesamteinfuhr	23089,8³⁾	14751,8⁴⁾	12 773 007	12 047 311

1) ohne Pferde

2) Mengen in Stück

3) 4) 5) außerdem 25, 4, 226, 265 Wasserfahrzeuge

6) Außerdem Pferde in obengenannter Stückzahl.

Warenarten	Ausfuhr			
	Mengen in 1000 dz		Werte in 1000 M.	
	Januar	Februar	Januar	Februar
I. Lebende Tiere	3,9¹⁾	4,2¹⁾	19 643	21 267
darunter:				
Pferde ²⁾	155	153	4 857	2 378
Rindvieh ²⁾	693	862	5 625	7 140
Schweine ²⁾	1505	1185	767	617
II. Lebensm. u. Getränke	1387,1	816,0	615 925	475 636
darunter:				
Getreide, Mais, Reis ..	94,8	29,7	92 547	31 752
Mehl, Graupen usw. . .	56,6	52,1	57 926	63 224
Kartoff., Gemüse, Obst	66,8	21,6	39 523	24 251
Zucker	15,1	7,5	10 611	6 173
Kaffee, Tee	0,0	0,0	437	283
Kakao, Schokolade ..	2,6	1,8	16 173	11 092
Fleisch, Speck	1,1	1,3	3 467	6 196
Fische	95,8	31,2	11 152	11 194
Milch, Butter, Käse ..	5,0	4,5	4 257	3 489
Schmalz, Talg, Margar.	19,3	16,9	89 969	119 943
Alkoholische Getränke	87,0	59,2	104 719	66 870
III. Rohstoffe u. halbfertige Waren	14113,4	12676,3	2 361 095	2 167 137
darunter:				
Wolle u. and. Tierhaare	19,0	13,5	187 669	155 115
Roh- und Florettseide	0,4	0,3	19 416	23 967
Baumwolle	39,0	31,9	218 574	176 595
Flachs, Hanf, Jute usw.	5,4	2,8	14 884	7 399
Felle, Häute	2,5	1,6	74 219	101 518
Rohtabak	0,2	—	841	—
Ölfrüchte u. Ölsaaten	0,4	0,4	732	1 077
Bau- und Nutzholz ..	555,4	608,3	112 948	142 601
Harze, Kautschuk usw.	1,7	1,4	9 939	8 904
Steinkohlen	7523,4	6694,3	482 296	441 260
Braunkohlen	11,2	13,0	346	643
Koks- und Preßkohlen	1423,3	777,8	138 212	62 471
Mineralöle	8,0	4,8	6 744	3 379
Eisenerze	66,3	35,2	929	979
Schwefelkies u. andere				
Schwefelerze	6,1	33,5	191	864
Eisen, roh	220,6	148,0	65 325	56 364
Kupfer, roh	5,1	7,0	26 090	37 011
Kalisalze	573,6	1325,1	88 629	167 170
Sonst. chem. Rohstoffe u. Halberzeugnisse ..	44,9	51,8	42 885	52 147
IV. Fertige Waren	4769,6⁵⁾	3976,1⁶⁾	11 392 941	11 813 864
darunter:				
Gespinnste und Gewebe aller Art	69,0	51,5	1 648 963	1 827 183
Kleid., Putzwar., Hüte	6,6	8,1	365 087	529 871
Leder und Lederwaren	18,9	14,1	609 432	572 195
Tabakerzeugnisse	3,3	2,4	67 152	59 277
Möbel und Holzwaren	120,5	110,9	205 974	220 827
Papier u. Papierwaren	344,3	264,5	493 789	501 450
Büch., Bilder, Gemälde	12,0	7,8	79 569	53 702
Farben und Farbwaren	95,3	93,2	474 441	558 520
Sonstige chem. und pharmaz. Erzeugn. .	706,5	560,5	826 271	775 636
Ton-, Porzellan-, Glaswaren, Glas	243,2	150,6	585 720	430 011
Eisenwaren	1199,6	1539,3	2 294 172	2 150 738
Kupferwaren	32,2	35,2	251 994	314 279
Feinmechan. Erzeugn.	3,8	4,3	88 077	112 377
Maschinen	280,3	359,6	770 098	1 118 923
Elektrotech. Erzeugn.	67,7	64,3	482 354	505 657
Kinderspielzeug	29,9	27,8	145 081	163 040
V. Gold- u. Silber, nicht bearbeitet, Münzen.	0,2	0,1	138 023	61 689
Gesamtausfuhr	20271,3⁵⁾	17472,8⁶⁾	14 527 627	14 539 593

Der Rückgang in der Lebensmitteleinfuhr ist fast die ausschließliche Folge der eingeschränkten Getreideeinfuhr (Roggen und Weizen). Diese betrug im Januar 859, im Februar 218 und im März nur noch 127 Tausend dz. Die Einfuhr von Getreide, Mais und Reis zusammen, die von Januar zu Februar von 1541 auf 888 Tausend dz sank, stieg im März wieder auf 2290 Tausend dz, was vor allem der Mehreinfuhr von Mais zuzuschreiben ist. Unter den Rohstoffen und halbfertigen Wa-

ren ließen in der Einfuhr die Textilstoffe und besonders Kohle und Eisenerze nach. Zieht man die letzteren von der Summe der eingeführten Rohstoffe und Halbfabrikate ab, so ergibt sich nur ein geringes Fallen im Februar von 5864 auf 5826 Tausend dz. Im März hat sich die Einfuhr der genannten Waren teilweise wieder über den Stand vom Januar gehoben. — Zieht man in der Ausfuhr von den Gruppen der Rohstoffe und Halbfabrikate den Anteil der Kohle und Eisenerze ab, so steht an Stelle der Verminderung der Mengen im Februar eine geringe Steigerung von 5090 auf 5156 Tausend dz, woran vor allem die Kaliausfuhr beteiligt war. Im März hat sich die Koksausfuhr besonders gehoben, aber auch die anderen Brennstoffe verzeichnen nennenswerte Steigerungen. Dagegen hat die Ausfuhr von Kali im März beträchtlich nachgelassen. Unter den fertigen Waren vermehrte sich allein die Ausfuhr der Eisen- und Kupferwaren, der feinmechanischen Erzeugnisse und der Maschinen. Seltsamerweise war dabei der für die Eisenwaren

erzielte Wert im Februar trotz sinkenden Marktkurses geringer als im Januar. Im März erreichte die Menge der ausgeführten Fertigfabrikate wieder die Höhe vom Januar.

Zum Schluß sei noch auf die statistischen Darstellungen auf Seite 528 dieser Ausgabe hingewiesen. Die Zahlen über die Verteilung der deutschen Ausfuhr zeigen eine bezeichnende Erscheinung: das Eindringen in die „kleinen Märkte“ Europas. Während sowohl die Ausfuhr nach den ehemaligen neutralen wie auch nach den Ententestaaten im Jahre 1921 gegenüber dem Vorjahre abgenommen hat, sind Österreich-Ungarn, die Balkanländer, Rußland, Finnland, Polen und viele der anderen kleinen europäischen Staaten stark in Erscheinung getreten. Von den größeren außereuropäischen Staaten haben nur die Ver. Staaten und Japan einen stärkeren Anteil gewonnen. Dies zeigt sich fast noch deutlicher im Schiffsverkehr dieser beiden Staaten in den deutschen Häfen.

Hans Zobel

Frankreich und der Niedergang Britisch-Westafrikas

Um die Mitte des vorigen Jahres ließ sich übersehen, daß die Verhältnisse der vier westafrikanischen Kolonien Großbritanniens im Begriff waren, sich katastrophal zu gestalten. Wenn wir die beiden wichtigsten, Goldküste und Nigeria, herausgreifen, so zeigte sich, daß bei jener die Einfuhr gegen das Vorjahr auf erheblich unter die Hälfte, die Ausfuhr auf fast die Hälfte herabgegangen war. Dies war dem Sinken der Kakaopreise, die 1920 von 98 auf 122 £ je Tonne gestiegen waren, auf 85 £ im März und 39 £ im Dezember zuzuschreiben. Da 57 % der Einnahmen der Kolonie aus den Zöllen einkamen, waren schwere Besorgnisse für den Etat gerechtfertigt. Ähnlich lag es bei Nigeria. Die Einfuhr war um fast 60 %, die Ausfuhr um über 40 % zurückgegangen; die Staatseinnahmen ließen demzufolge ein Minus von 2½ Mill. £, d. h. von etwa 40 % erwarten.

Diese Lage veranlaßte den Kolonialminister Winston Churchill, im Juni ein Komitee einzuberufen, daß unter dem Vorsitz des Gouverneurs von Nigeria, Sir Hugh Clifford, aus acht von den Vertretungen des Handels und Gewerbes in den Kolonien präsentierten Mitgliedern und ebensoviel Beamten der Kolonien bestand, mit der Aufgabe, Untersuchungen anzustellen und Bericht zu erstatten über die Abgabenerhebung, über die ungünstigen Einflüsse dieser auf den Handel, über neue Einnahmequellen zum Ausgleich des zu erwartenden Defizits und zur Finanzierung der erforderlichen Anleihen. Die nichtbeamteten Mitglieder sprachen dem Minister den Wunsch aus, daß ihre Aufgabe ausgedehnt würde auf eine Untersuchung und Begutachtung der Etats der Kolonien, da sie glaubten, sonst ihre Aufgabe nicht nützlich erfüllen zu können. Dies wurde abgelehnt. „Nie sei das seine Absicht gewesen. Auch sei dazu nicht eine so vielköpfige Kommission in England, sondern nur eine kleine Kommission an Ort und Stelle in der Lage, wie die Erfahrung gezeigt habe. Außerdem könne es nicht Aufgabe eines Komitees sein, das zum Teil aus Kolonialbeamten bestehe, die Etats ihrer Gouvernements nachzuprüfen.“ Es scheint, daß dies der Anlaß für die Westafrikanische Abteilung der Londoner Handelskammer war, zwei Herren mit der Prüfung des Etats zu betrauen. Beide Berichte sind soeben erschienen: der der offiziellen Kommission als ein dem Parlament vorgelegtes Weißbuch (Cmd. 1600 v. 1922), der der Handelskammerkommission in „Westafrica“ v. 6. Mai 1922.

Der letztere stellt fest, daß die Beamtenschaft der Goldküste sich von 1914 bis 1920 und 1921 von 578 auf 733 bzw.

909 (!) Köpfe erhöht habe, während das achtmal größere Nigeria 1914 mit 457 und 1920 bzw. 1921 mit 565 bzw. 608 Beamten ausgekommen sei. Deutsch-Ostafrika, das um ¼ größer ist als Nigeria, zählte 1912/13 551 Beamte. Togo, das allerdings knapp halb so groß ist als die Goldküste, 94!

Das Weißbuch zeigt sehr gründliche Erhebungen.

Bei den Staatseinkünften machen die indirekten Steuern annähernd 90 %, bei Gambia 95 und bei der Goldküste 100 % aus. Davon brachten die Einfuhrzölle bei Nigeria ¾, bei der Goldküste über die Hälfte, bei Gambia die knappe Hälfte und bei Sierra Leone 90 % auf. Die Zollsätze betrugen 12½ % vom Werte in Nigeria, 20 % in der Goldküste (Nahrungsmittel 12½ %), in Sierra Leone 25, in Gambia 7½ % (Baumwollwaren, Stiefel, Schmucksachen und Wohlgerüche 10), während vor dem Kriege überall 10, in Gambia 5 % erhoben wurden.

An Ausfuhrzöllen wurden in Gambia und Nigeria 1 £ je Tonne Erdnüsse erhoben, für Kakao in Nigeria 2.6/8 £, in der Goldküste 4.13/4 £, für Palmöl in Nigeria 3, in Sierra Leone 4.3/4 £ (der Palmölzoll wurde nach „B. of Tr. J.“ v. 6.4.22 im Febr. in Sierra Leone von 4.3/4 £ auf 1.0/10 herabgesetzt), Palmkerne zahlten in Nigeria 2, in Sierra Leone 1 £, Kolanüsse für den cwt in der Goldküste und in Sierra Leone 0.4/8 £ usw. Dazu kam bei Palmkernen der Differenzialzoll von 2 £ auf jede Tonne, die nach Ländern außer Großbritannien verfrachtet wurde.

Alle diese Ausfuhrzölle sind Kriegsmaßnahmen, die dann beibehalten wurden; ja viele wurden nach Friedensschluß erhöht.

Die Menge und die Preise der aus den vier Kolonien ausgeführten Hauptprodukte sind aus folgender Tabelle ersichtlich, die die Mengen in 1000 t, in Klammern die Liverpoolscher Durchschnittspreise je t in £, bei Kakao die Mindest- und Höchstpreise je cwt in s angibt.

	Palmkerne	Palmöl	Erdnüsse	Kakao
1910.	231 (—)	88 (—)	1,2 (—)	22,6 (45 — 49)
1911.	233 (18.11/1)	89 (31. 0/10)	2,5 (13. 4/11)	39,7 (47 — 56)
1912.	250 (19.16/8)	86 (28.17/ 6)	19,3 (23. 0/ 5)	38,6 (46½ — 60)
1913.	234 (23. 6½)	89 (31. 0/ 0)	— (16. 7/ 8)	50,5 (55 — 66)
1917.	249 (25.11/½)	78 (46.16/ 8)	— (29.17/11)	91 (52 — 73)
1918.	255 (26. 0/0)	90 (48. 0/ 0)	57,6 (32. 0/ 0)	66,3 (— *)
1919.	278 (36. 0/4)	108 (71. 9/ 2)	39,3 (41. 1/ 8)	176,2 (65 — 99)
1920.	265 (37.15/6)	90 (66.12/ 6)	45,4 (39. 6/ 8)	124,8 (40 — 124)
1921.	— (20. 9/2)	— (34.14/ 9)	— (19. 2/ 3)	— (37 — 51)

*) Amtlicher Höchstpreis von 65, galt vom 1. April 1918 bis 31. März 1919.

Die „Scheinblüte“ 1919 und 1920 macht der Bericht dafür verantwortlich, daß die Regierungen der vier Kolonien ihr Budget völlig ändern zu können glaubten. Es verhielt sich die Gesamteinnahme (G) zu der Zolleinnahme (Z) und den Einnahmen aus der Spirituoseinfuhr (Sp) wie folgt (in 1000 £):

	Nigeria			Goldküste			Sierra Leone			Gambia		
	G.	Z.	Sp.	G.	Z.	Sp.	G.	Z.	Sp.	G.	Z.	Sp.
1911.	2918	1467	976	1112	663	422	458	242	121	86	68	10
1912.	2858	1610	1015	1231	735	470	560	301	161	96	73	12
1913.	3178	1773	1140	1302	780	502	618	317	167	125	98	18
1920.	6738	3106	243	3722	2282	141	988	630	86	280	201	7

Es erhellt daraus, daß vor dem Kriege die Spirituosenzölle — wie im zaristischen Rußland das Branntweinmonopol — das starke Rückgrat der Budgets waren. Schnaps ist eben bei rückständigen Rassen schwarzer wie weißer Farbe der mächtigste Ansporn zur Arbeit! Mehr als ein Drittel aller Staatseinnahmen kamen bei den beiden wichtigsten Kolonien aus der Alkoholeinfuhr. Darnach kann man die vorsichtigen Worte des Berichts kaum anders verstehen, als daß das im März 1919 vom Kolonialminister erlassene Verbot der Einfuhr von Handelsschnaps nach Britisch-Westafrika eine bedauerliche Voreiligkeit war, die er glaubte im Hinblick auf den Scheinaufschwung der Kolonien als Konzession an die öffentliche Meinung machen zu können. Die Staatseinnahmen waren nämlich wie folgt gestiegen (in 1000 £):

	Nigeria	Goldküste	Sierra Leone	Gambia
1913	3 178	1 302	618	91 ²⁾
1917	3 450	1 624 ¹⁾	536	118
1918	4 014	1 299 ¹⁾	573	133
1919	4 911	2 601	749	181
1920	6 738	3 722	988	270

¹⁾ Es gab nicht Schiffsraum genug für Kakaoausfuhr. ²⁾ Durchschnitt aus 1911 u. 1912, da 1913 ein Rekordjahr war.

Man konnte also sehr wohl glauben, auf die Zölle aus der Alkoholeinfuhr verzichten zu können. Es sollte anders kommen.

Die Ereignisse liefen wie folgt ab.

Im März 1919 verbot der britische Kolonialminister die Einfuhr von Handelsschnaps in die Britisch-Westafrikanischen Kolonien. Am 10. September wurde dann der Vertrag von St. Germain geschlossen, wonach vereinbart wurde, daß gemäß Artikel 22 des Friedensvertrages der Alkoholhandel abgestellt werden sollte. Dem zuvorkommend erließ die französische Regierung am 8. Juli 1919 ein Verbot der Einfuhr aller fremder, d. h. nichtfranzösischer Spirituosen. Nach französischer Verwaltungspraxis treten Gesetze mit ihrer Verkündung am Sitze der betreffenden Kolonialregierung in Kraft. Demzufolge wurde es zunächst vom Generalgouverneur in Dakar publiziert, womit es für Senegambien galt, dann z. B. am 29. August in Porto Novo, womit es für Dahome Gesetzeskraft erhielt. So hatten die französischen Geschäftsleute einmal sechs Monate mehr Zeit, Spirituosen abzusetzen, als die britischen, und außerdem hatte Frankreich sich in keiner Weise gebunden, die Einfuhr von Rum aus Französisch-Westindien und seinen anderen zuckerrohrbauenden Kolonien zu verbieten. Diese Ungleichheit führte zu energischen Vorstellungen durch den britischen Botschafter in Paris, und die Folge war — nicht ein allgemeines Einfuhrverbot, sondern durch ministeriellen Erlaß vom 25. März 1920 die Aufhebung des Einfuhrverbots für Alkohol nichtfranzösischer Herkunft. Angeblich war der Grund, daß man keine Begriffsbestimmung von Handelsschnaps finden konnte. Endlich, im Januar 1921, eröffnete der Gouverneur von Dahome den dortigen Geschäftshäusern, daß nun wirklich das Alkoholverbot dicht bevorstände, sie würden aber während der nächsten sechs Monate den Alkohol, den sie nicht mehr verkaufen dürften, wieder ausführen können. Es handelte sich um

1 Mill. l! Obwohl der Generalgouverneur bei seinem Besuch im April in Dahome erneut betonte, daß sofort nach seiner Rückkehr die Veröffentlichung des Verbots stattfinden würde, ist sie niemals erfolgt. Im Gegenteil wurden nach „Dép. Col.“ v. 9. Nov. 21 — noch im August 1921 5547 hl Alkohol in Dahome eingeführt!

In der an Dahome westlich angrenzenden ehemaligen deutschen Togokolonie hatte die britische Militärverwaltung in dem ihr unterstehenden Teile gemäß der Konvention von St. Germain Handelsschnaps verboten. Nachdem am 1. Oktober 1920 Frankreich die Verwaltung übernommen hatte, hob sie schon drei Wochen später dieses Verbot auf. Damit war nicht nur die begonnene Entwöhnung der Eingeborenen abgebrochen, sondern zum Schmuggel nach der Goldküste, deren Grenze schon 2 km westlich Lome beginnt, direkt herausgefordert. Frankreich hat damit nicht nur gegen die Konvention von St. Germain, sondern auch gegen die Bedingungen, unter denen es das Mandat über Togo erhielt, verstoßen! Ebenso wie Togo die Goldküste, bedrohte Dahome Nigeria, da es bei den vielen Hunderten von Kilometern Grenze ganz unmöglich ist, Schmuggel zu verhindern. Aber auch die zulässige Einfuhr von Spirituosen, die nicht unter den Begriff Handelsschnaps fallen, erleichterte Frankreich, im Vergleich mit England, ungeheuer, wie folgende Tabelle der Zollsätze zeigt (pro Gallone = 4,54 l):

	Goldküste Brit. Togoland	Französ. Togoland	Dahome	Nigeria
Whisky, Gin,	22½–25 s	5–5,3½ s	16–18 s	22½–23 s
Brandy, Rum.	25–40 „	5½ „	16–18 „	25 „
Süße Schnäpse.				

Wenn man hinzunimmt, daß die Franzosen in Togo und Dahome keinen Ausfuhrzoll auf Kakao erheben, die Engländer in Nigeria 2/8 £ und an der Goldküste und in Togoland 4/13/4 £ je Tonne, daß Frankreich in Dahome auf Palmöl 1.12/3 £ und auf Palmkerne 0.17/4½ £ erhebt, während in Nigeria 3 und 2 £ erhoben werden ist es begreiflich, daß zahllose Eingeborene ihre Produkte ins französische Gebiet schmuggeln und von dort mit Schnaps und anderen Einfuhrgütern beladen über die Grenze zurückkehren.

Bekanntlich führte Deutschland vor dem Kriege von einer Gesamtausfuhr Britisch-Westafrikas an Palmkernen von 234 000 t 181 000 t ein, und selbst von den 35 000 t, die nach England gingen, wurde noch ein großer Teil nach Deutschland wieder ausgeführt. Um die deutsche Konkurrenz lahmzulegen, oder richtiger zu vernichten, wurde im Oktober 1919 — trotz erheblichen Widerstandes der Interessenten in Westafrika — ein Differenzialzoll von 2 £ für Kriegsdauer und 5 Jahre darüber hinaus auf jede Tonne Palmkerne gelegt, die „nicht unter der Bürgschaft ausgeführt wurde, daß sie in England verarbeitet würde“. Denn es war vorauszusehen, daß sich in dieser Zeit die englischen Pressereien auf Palmkerne, die deutschen auf anderes Rohmaterial umstellen würden. Aber zunächst erwies sich die Bestimmung in dieser Fassung als undurchführbar und es ließ sich der Differenzialzoll lediglich erheben von allen Palmkernen, die nicht nach England verschifft wurden. So konnte man nicht verhindern, daß Tausende von Tons doch nach Deutschland weiterverschifft wurden, solange oder sobald die Kosten des Umladens geringer waren als der Differenzialzoll, oder die Verarbeitungskosten in Deutschland entsprechend geringer als in England. Allerdings konnte England zum ersten Male 1919 5000 und 1920 20 000 t Palmkernöl eigener Fabrikation exportieren und die Nachfrage nach Margarine durch eigene Fabrikation decken. Aber im Herbst 1921 führte Deutschland, da die deutschen Fabrikanten billiger ar-

beiten, zumal sie ihre Fabriken vor dem Kriege gebaut haben, die englischen zu den teuren Kriegspreisen, doch 20 000 t von England ein und zahlte in Hamburg 2 £ über den Liverpoolpreis, während amerikanische Interessenten auf Einfuhr verzichteten, weil sie den Differenzialzoll nicht zahlen wollten. Den Ausfall ersetzen Deutschland und Amerika durch Einfuhr anderer Ölfrüchte. Denn während die Einfuhr von Palmkernen nach Deutschland immer erst 10,7 % der Friedensmenge beträgt, hat sich die von Sesam schon auf 21 %, die von Kopra auf 49 % und die von Rapssaat auf 57 % gehoben. Deutschland bezieht also Ersatz aus anderen Ländern, besonders Liberia, der Kongokolonie und Französisch-Westafrika. Nach alledem sieht die Kommission in dem Differenzialzoll eine für den westafrikanischen Palmkernexport schädliche Maßregel und verlangt nachdrücklichst die Aufhebung.

Der „*Manch. Guard.*“ faßt das Ergebnis dahin zusammen, daß, wenn die Goldküste in einem Jahr für 7½ Mill. £ weniger importierte und die Ausfuhr von Nigeria 1921 um 75 % hinter der von 1920 zurückblieb, wenn die ganze Kakaoproduktion der Eingeborenen an der Goldküste, die zurzeit der Hauptversorger des Weltmarktes ist, in schwerer Gefahr ist, das allein den falschen handelspolitischen und politischen Maßregeln zuzuschreiben ist, die diese besonders erfolgreichen Kolonien dem Ruin entgegenführen. Denn der Eingeborene ist dort der einzig mögliche Produzent. Durch Einführung von Zwangsarbeiten und übermäßiger Abgaben aber tötet man seinen Erwerbssinn und veranlaßt ihn zu seinem anspruchs-

losen Dasein früherer Zeiten zurückzukehren, zumal Krankheiten 1919 bereits 38 %, 1920 82 % aller Kakaobäume befallen haben! Das alles hat ihn verdrießlich und arbeitsunlustig gemacht. Ein weiterer Grund des Niedergangs ist Überlastung des Personaletats. In Nigerien haben sich die Ausgaben von 1913—1920 verdoppelt, an der Goldküste verzweieinhalbfacht. Der dritte Grund ist der Differenzialzoll, den die Margarineindustrie auf dem Kontinent vernichten sollte, aber die Geschäftswelt Europas und Amerikas nur veranlaßt hat, ungeheure Summen in der Südsee anzulegen, um aus den niederländischen Kolonien Ölfrüchte zu beziehen: ein schlechtes Geschäft für Britisch-Afrika und auch für die Exporteure von Lancashires Baumwollwaren! Der weitere Grund ist die Alkoholfrage. Tapfer hat sich die britische Regierung bemüht gemäß dem Abkommen von St. Germain, die Eingeborenen vor der Alkoholpest zu bewahren. Aber alles scheiterte an der Haltung Frankreichs mit seinen 4—7mal geringeren Zollsätzen.

So plündert Frankreich mit seiner illoyalen Alkoholpolitik jetzt England genau so aus, wie es vor dem Kriege die deutschen Bestrebungen, dem Eingeborenen den Schnapsgeuß bis zur Grenze der Enthaltbarkeit zu verteuern, unmöglich machte¹⁾. Von Deutschland aber wird England auf das empfindlichste geschädigt, weil es genötigt ist, die Konsequenzen aus dem gänzlich verkehrten Prohibitivzoll zu ziehen!

Hans Zache

¹⁾ Vergl. W. D. 37 v. 16. Sept. 1921: „Alkohol u. Eingeborene Westafrikas.“

Deutschland

Chronik der Volkswirtschaft

Staatwirtschaft und Gesetzgebung

Die neuen Postgebühren, die zum 1. Oktober in Kraft treten werden, sollen nach einer amtlichen Verlautbarung betragen für Briefe im Ortsverkehr 1 *M.*, bis 100 g 2 *M.*, darüber 3 *M.*; für Postkarten bleibt der Satz unverändert; Briefe im Fernverkehr kosten 3 bzw. 4 und 5 *M.*, die Postkarte 1,50 *M.* Drucksachen bis 20 g (bisher 50 g) kosten 75 Pf. mit entsprechender Beibehaltung der gestaffelten Sätze. Für Pakete der Nahzone sollen bei Erhöhungen des Portos in den beiden unteren Gewichtsklassen die für die höheren geltenden Sätze eventuell noch herabgesetzt werden, um den Verkehr zu heben. Das Paketporto in der Fernzone wird z. T. erheblich heraufgesetzt. Auch die Zeitungsgebühren werden beträchtlich erhöht, ebenso jene für Auslandsbriefe. Bei Telegrammen im Ortsverkehr bleibt die bisherige Regelung, im Fernverkehr wird ein Telegramm 15 *M.* kosten. — Für die Telephonegebühren wird der Teuerungszuschlag, der zum 1. 1. 22 eingeführt wurde, auf 160 v. H. verdoppelt.

Da die Zwangswirtschaft für pflanzliche und tierische Öle und Fette gänzlich abgebaut ist, wurde das Verbot über die Verwendung dieser Stoffe zu technischen Zwecken nunmehr aufgehoben.

Industrie und Bergbau

Die Reichseisenbahn hat Saisontarife für Kalisalze festgesetzt. An Stelle der bisherigen allgemeinen Ermäßigung um 20 v. H. werden in Zukunft die Tarife wie folgt herabgesetzt: im Mai, Juni, Juli um 30 v. H., im März, April, August, Dezember 20 v. H., im Januar, Februar, September, Oktober, November um 15 v. H. Man hofft, daß eine Ausgabenminderung dadurch nicht eintritt, da ja in den Haupttransportmonaten der Tarif um 5 % heraufgesetzt worden ist. — Tarifiermäßigung und Sommerrabatte (vgl. „W.-D.“ Nr. 19, S. 446) haben dahin ge-

wirkt, daß die Landwirtschaft seit Anfang Mai ganz erhebliche Mengen Kali abgerufen hat. Damit wäre also der Zweck der Maßnahmen erreicht. Über die befriedigende Entwicklung des Kaliabsatzes im 1. Vierteljahr gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß (Zahlen in 1000 t):

	1922 überhaupt	davon ins Ausland	1921 überhaupt	davon ins Ausland
Januar.....	144,9	16,7	95,3	4,5
Februar.....	79,9	16,8	106,5	10,2
März.....	129,8	35,6	77,0	8,2
Zus. 1. Vierteljahr	354,6	69,1	278,8	22,9

Dabei ist die Märzzahl die höchste seit August 1921 (mit 36,7 Auslandsabsatz). Die Minderung des Binnenabsatzes im Februar ist dem Eisenbahnerstreik zuzuschreiben.

Die Bestimmungen über die Einfuhr englischer Kohlen haben insofern eine Erweiterung erfahren, als für die Zeit vom 1. 5. bis 31. 8. der Verbraucherkreis für Auslandskohle außer der Exportindustrie — wie bisher der Fall war — auch Inlandsindustrie und Hausbrand umfaßt. Sämtliche anderen Beschränkungen der Einfuhr und des Binnenhandels bleiben weiter in Kraft.

In der oberschlesischen Industrie machen die Trennungsarbeiten von Gesellschaften, die in beiden Gebieten — dem abzutretenden und dem deutschbleibenden Teil — angesessen sind, weitere Fortschritte. Die ordentliche Generalversammlung der Schlesischen Elektrizitäts- und Gas-A.-G. in Breslau beschloß die Verdoppelung des bisher 33,6 Mill. *M.* betragenden Grundkapitals, um das Kraftwerk Zaborze den Ansprüchen des deutschbleibenden Oberschlesiens entsprechend auszubauen. Weiter wurde Vorstand und Aufsichtsrat ermächtigt, das polnisch werdende Schwesterwerk Chorzow mit allen zugehörigen Grundstücken und Bauten und dem Leitungsnetz in eine neue Gesellschaft mit dem Sitz in Kattowitz einzubringen, an der die

Beteiligung fremden — und später auch ausländischen — Kapitals vorgesehen ist.

Interessengemeinschaften und Fusionen

Die Beteiligungen der Deutschen Petroleum-A.-G., die durch den Übergang dieser Gesellschaft an die Deutsche Bank frei werden (vgl. „W.-D.“ Nr. 18, S. 424) sollen in den Rahmen der Deutschen Bergbau-A.-G. überführt werden. Diese Gesellschaft, bisher im Besitz der Stadt Dresden und der Petroleum-A.-G., erhöht ihr Kapital von 50 Mill. um 85 Mill. Inhaber- und 15 Mill. Namens-Stammaktien und ändert ihre Firma in Deutsche Petroleum-A.-G. ab. Die Namensstammaktien werden von den bisher die alte Petroleum-Gesellschaft kontrollierenden Kreisen übernommen, sie haben für wichtige Beschlüsse achtfaches Stimmrecht. 50 Mill. der neuen Aktien gehen gewissermaßen als Entgelt für die von der alten Petroleum-A.-G. eingebrachten Werte an diese. Die Beschlüsse wurden durch die Generalversammlung einstimmig gebilligt.

Auf der Generalversammlung der alten Petroleum-A.-G. kamen die Anträge auf Verschmelzung mit der Deutschen Bank mit großer Mehrheit durch, eine Oppositionsgruppe legte dagegen Protest ein.

Die Rheinische Assecuranz-A.-G. in Elberfeld ist unter Wahrung ihrer Selbständigkeit der Interessengemeinschaft der Gerling-Gruppe beigetreten.

In Ergänzung unserer Nachricht in Nr. 18, S. 424, über die Zusammenschlüsse im Deutschen Versicherungskonzern ist zu melden, daß die dort genannten Gesellschaften: Saxonia, Leipziger Allgemeine Versicherungs-A.-G., — Saxonia Leipziger Transportversicherungs-A.-G., — Rheinisch-Pfälzische Versicherungs-A.-G., — Mannheimer Lloyd Transportversicherungs-A.-G. und Rhein- und Neckar-Versicherungs-A.-G. — sich zu einer Gesellschaft mit dem Namen Saxonia, Allgemeine Versicherungsgesellschaft, Aktienkapital 25 Mill. M., vereinigen. Weiter wird mitgeteilt, daß die „Universum“-Gesellschaften — die Gesellschaften für Versicherungsvermittlung in Mannheim

und in Heidelberg, die Treuhandgesellschaft in Heidelberg und die in Gründung befindliche Universum A.-G. für Handel und Industrie in Mannheim — unter dem Namen Universumkonzern eine feste Interessengemeinschaft bilden, deren Arbeitsgebiet Vermittlung von Versicherungen, Treuhandgeschäfte und die Beschaffung von Betriebsmitteln für Gewerbe aller Art, einschließlich der Landwirtschaft, ist.

Die Verwaltung der Kostheimer Zellulose- und Papierfabrik A.-G. schlägt vor, die Gesellschaft an den Hartmannkonzern anzugliedern, da ein selbständiges Weiterarbeiten wegen des großen Brandschadens erhebliche neue Mittel erfordere, die auf andern Wege kaum aufzubringen wären. Auch habe das Werk durch die mangelhafte Kohlenversorgung erhebliche Einbußen erlitten. — Die Verschmelzung ist auf der Grundlage geplant, daß für 5 Aktien von Kostheim je 2 der Dresdener Chromo- und Kunstdruckpapierfabrik Krause & Baumann A.-G. gegeben werden, sowie 600 M. in bar.

Die Gruppenbildung in der Mälzereiindustrie setzt sich, nach der „Frankf. Ztg.“, lebhaft fort. Die Mälzerei A.-G. vorm. Albert Wrede schließt eine Interessengemeinschaft mit der Leipziger Malzfabrik Schkeuditz ab. Sie ist bereits mit zwei Erfurter Gesellschaften in der Interessengemeinschaft „Mittland“ zusammengefaßt, die ihrerseits wieder mit der thüringisch-sächsischen Interessengemeinschaft „Eiva“ in näheren Beziehungen steht.

Zwischen den beiden Werken, die den Bau von Eisenbahnsignalen betreiben: Max Jüdel & Co. A.-G. in Braunschweig und Deutsche Eisenbahnsignalwerke A.-G. in Bruchsal — schweben Verhandlungen über den Abschluß einer Interessengemeinschaft.

Die Bavaria-Brauerei A.-G. in Altona, die sich seit 1917 nicht weniger als 13 Brauereien in der näheren und weiteren Umgebung angegliedert hat, plant die Übernahme der Actien-Bierbrauerei in Hamburg. Die Firma soll nach dem Zusammenschluß in Bavaria- und St. Pauli-Brauerei A.-G. abgeändert werden.

E. T.

Rußland

Zur Frage der Wiederherstellung des Privat-Eigentums — Die Verpachtung industrieller Betriebe

Die Konferenz von Genua, auf die man in Rußland gar zu weitgehende Hoffnungen setzte, ist resultatlos verlaufen. Weder in politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht hat die russische Delegation positives erreichen können. Vom Wiederaufbau Rußlands, dieser unaufschiebbaren, in jeder Hinsicht drängenden Weltaufgabe ist nicht einmal die Rede gewesen, sondern nur von den Verpflichtungen der russischen Regierung die Schulden der Vergangenheit zu zahlen. Man fragte nicht, ob die zerstörte russische Gegenwartswirtschaft und ob die Wiederaufbauarbeit diese Lasten überhaupt tragen könnte, sondern man bestand, rechtlich gewiß berechtigtermaßen, wirtschaftlich genommen jedoch ziemlich zwecklos, auf Shylocks Schein. Daß im günstigsten Falle von der Sowjetregierung nur papierne Zusicherungen erfolgen könnten, die praktisch wertlos wären, stört dabei niemanden. Auch den Praktiker Lloyd George nicht, der in seiner Schlußrede im Hinblick auf die Verhandlungen im Haag noch einmal den Versuch machte, die Russen zu überreden, sich bis zum 22. Juni zur Nachgibigkeit zu entschließen.

Der englische Ministerpräsident stellte dem russisch-kommunistischen Grundsatz der Eigentumsaufhebung, den west-europäischen Eigentumsbegriff gegenüber. Lloyd George hat damit dem Gegensatz zwischen Europa und Rußland in

der Auffassung der sozialen Frage eine vereinfachte, aber einleuchtende Formulierung gegeben und gezeigt worauf es in Zukunft ankommt: die soziale Frage zu lösen, ohne das Recht auf Eigentum zu vernichten. Lloyd Georges treffliche Ausführungen berücksichtigten nur leider die deutlich sichtbare Entwicklung der Dinge in Rußland nicht, wo man vom Kommunismus längst abgekommen ist und der Formel von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel eine Deutung gegeben hat, die mit einer Expropriation der Expropriateure nichts mehr gemein hat. Man hat auch im Sowjetstaate erkannt, daß das Eigentum der treibende Faktor ist, der das Erwerbsleben nicht nur bewegt und regelt, sondern beseelt und der Arbeit alle jene geistigen Kräfte verleiht, ohne welche diese nur noch ein gemufter Frohndienst und keine persönlich gewollte Tätigkeit ist. Eingesehen hat man dieses, weil es sich erwies, daß die Abschaffung des Eigentums nicht zur „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, sondern zum Stillstand im Produktionsprozeß führte. Die Produktionsmittel konnte man enteignen, aufteilen, reduzieren und durch verschiedene kollektive Organisationen verwalten lassen; es ließ sich jedoch nicht verhindern, daß sie nicht nur nicht mehr ergänzt werden konnten, also zusammenschrumpften, sondern auch an innerem Werte verloren. Als „Eigentum“ waren sie durch den rechtlichen und ethischen

Schutz, den sie genossen, geheiligt; vergesellschaftet verloren sie de facto für jedermann alles ursprüngliche Interesse, entwerteten sich und wurden vogelfrei. Die volle Abschaffung des Eigentums vernichtete den Begriff „Nationaleigentum“, — die vergesellschafteten Dinge gehörten nicht etwa allen, sondern niemandem. Diebstahl, Vergeudung, Vernichtung waren keine Verbrechen mehr, sondern natürliche Folge der neuen Begriffe. Die Aufhebung des Eigentums hatte dann sehr bald schon eine Folge, die von den Theoretikern nicht vorhergesehen worden war, die jedoch von so tief einschneidender Wirkung war, daß sie das kommunistische Wirtschaftssystem lahm legte: die solidaristische Gemeinschaftsarbeit aller für alle, die die individuelle Erwerbsarbeit der Eigentumserzeugung ersetzen sollte, erwies sich als völlig unzureichend. Da man den Arbeitern eine Existenzsicherung gab, ihnen erklärte, sie hätten ein Anrecht auf die Rationen, unabhängig vom Resultate der Arbeit — so hörte ihr Interesse an der Arbeit ebenso, wie jedes Pflichtgefühl auf. In der Verfassung der Sowjetrepublik hieß es allerdings, im Einklange mit dem Evangelium, wer nicht arbeite, solle auch nicht essen, — faktisch jedoch gab man den Massen das Gefühl, versorgt, also Nutznießer der Revolution geworden zu sein und erstickte damit den inneren primitiven Arbeitssinn. Gleichzeitig beraubte man die Unternehmer, Ingenieure, Spezialisten, Kaufleute, Kapitalisten wie Gehaltsempfänger usw. gleichfalls des Arbeitsantriebes, der Aussicht des Hochkommens und des Genusses von Eigentumswerten, indem man verfügte, daß diese nie mehr als den „Pajok“, die geschmälernte Ration, erhalten könnten.

Fortab belebte nichts mehr den Arbeitswillen des Menschen; man versuchte es mit dem Gemeinschaftswillen der Überzeugten; es waren ihrer zu wenige, die mittaten, die Masse wollte nicht teil haben am Enthusiasmus des Gesellschaftswillens: die kommunistischen Sonntage (die berühmten Subbotniki) waren ein Fehlschlag, ihre Resultate gering. Man versuchte den Erzeugungs- und Erwerbswillen durch den Zwang, ein unerbittliches Muß, Gewalt, Strafen usw. zu ersetzen. Ebenfalls erfolglos, da man den Massen ihre physische Existenz gesichert hatte, so war diese indifferent jedem Resultat der Arbeit gegenüber. Es blieb nichts anderes übrig, als notgedrungen den Arbeitern die Existenzsicherung, die durch den kommunistischen Verpflegungslohn gegeben war, wieder zu nehmen. Nun arbeitete man, um das nackte Dasein zu fristen; lustlos und träge, für sich allein, weitgehend sogar zum Schaden der Gemeinschaft. So stellte der Arbeiter der Metallfabrik einen Hammer her, um ihn im Dorfe gegen Mehl einzutauschen — und das Produktionsprogramm der Fabrik blieb unerfüllt. Der Bauer bestellte nur so viel, wie er für sich glaubte brauchen zu müssen; an einem Verkauf war er ja nicht interessiert und ohne einen „Vorteil“ nur für die Gesamtheit zu arbeiten, fiel ihm nicht ein. Nun ging man dazu über, Anreize und Vorteile für Arbeitsleistungen zu erdenken: der Prämien- und Akkordlohn wurde wieder eingeführt usw. Dies hat schließlich, verbunden mit einem dem Kapitalismus längst fremden Zwang, einem Strafsystem drakonischer Art, die Arbeiter zum Eigentumsbegriff zurückgeführt; zur Erhöhung der Produktion genügte es nicht. Man begann also höhere Löhne zu zahlen und Spezialisten durch große Gehälter anzulocken. Um dem neuen Erwerb einen Sinn zu geben, mußte dann schließlich auch ein beschränkter Privatbesitz erlaubt werden. Man mußte daher die Sozialisierungen generell wieder aufheben und ist seit Jahr und Tag bemüht, die Eigentumsrechte an Häusern, Kapital und zum Teil an Land, während die Industrien verpachtet, d. h. der Ertrag derselben großenteils als Eigentum gelten darf, wieder her-

zustellen. Es ist kein Zweifel: man hat in der russischen Revolution gelernt, was das Eigentum heißt, man begreift, daß ohne dieses kein Erwerbsleben möglich, keine Arbeit, keine Produktion denkbar ist, denn Eigentum ist nicht nur ein Ding, sondern eine naturgegebene Tatsache, von der der Grundbegriff: Arbeit abhängt, ist somit eine bis tief ins Seelenleben hineinreichende Realität, ist dem prometeischen Schaffensdrange irgendwie verwandt und ist eine belebende ursprünglich dynamische Kraft des gesellschaftlichen Lebens. Es wäre demnach richtiger, zu sagen, daß das Kernproblem nicht in dem Eigentumsbegriff und den Eigentumsrechten, sondern in den Rechten des Erwerbs, in der Förderung, nicht dem Verbote individueller, auf Eigentumserwerb hinzielender Arbeit besteht. In erster Linie hat demnach nicht die Enteignung des Privateigentums, sondern der kollektivistisch-kommunistische Arbeitsbegriff Rußland ruiniert. Gegenwärtig ist man völlig von ihm abgekommen und man hat in dieser Hinsicht also getan, was Lloyd George verlangt. Die sozialistischen Theorien müssen revidiert werden: Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann es nicht mehr heißen, sondern Einfügung des Eigentumsrechtes an den Produktionsmitteln in die Lebensinteressen der Gesellschaft und Gemeinschaft. In Rußland herrschen heute Monopole und Staatsbetriebe vor: der Gesellschaft, d. h. dem autoritären Staat, gehören die Transportmittel, eine Reihe der großen Produktionsstätten sowie die Ausfuhrwaren und Zahlungsmittel — die Arbeiter müssen jedoch bis zu zehn und zwölf Stunden arbeiten. In Westeuropa, wo die Gesellschaft sehr viel weniger Anteil an den Produktionsmitteln hat, wo jedoch die Arbeit als Voraussetzung zum Erwerb von Eigentum eine ganz andere dynamische Kraft besitzt als im Proletarierstaat, herrscht der Achtstundentag und weit bessere Arbeitsbedingungen wie höhere Arbeitslöhne. Es fragt sich also, welche Wirtschaftsform der Gesellschaft mehr zu bieten vermag — diejenige der vergesellschafteten, aber ertragsarmen Produktionsmittel, oder die kapitalistische mit ihrer erhöhten Produktionskraft, ihrem Arbeiterschutz und dem Achtstundentag? Lloyd George urteilte augenscheinlich nur nach dem Verhalten der Sowjetregierung den Staatsschulden gegenüber und dem innerpolitisch schwierigen Problem des Kompromisses mit den ausländischen Kapitalisten in Rußland, die man nicht gut besser stellen kann, wie die enteigneten Russen — denn sonst wäre es nicht richtig gewesen, heute noch von einem russischen Vernichtungswillen dem Eigentum gegenüber zu sprechen. Die russische Wirtschaftspolitik evolutioniert vielmehr mit vollen Segeln zur Wiederherstellung des Eigentums hin. Denn schließlich sind die Verpachtungen der bisherigen Staatsbetriebe doch nichts anderes wie eine verschleierte Genehmigung an Unternehmer eine bestimmte Zeit lang die Erträge der industriellen Betriebe persönlich einzuziehen zu können. Nach einem Berichte der amtlichen Delegation der Sowjetregierung ist im allgemeinen „bei der Pachtübernahme eine niedrige Geldentschädigung zu leisten und in der Folgezeit ein kleiner Prozentsatz des Gewinnes an den Staat abzuführen. Die Verträge verpflichten die Pächter zur Reparierung der Betriebe, wie auch Instandsetzung der Betriebsmittel, die Unternehmer haben ferner technische Verbesserungen in ihren Betrieben einzuführen. Nach Ablauf der Pachtfrist sind die Betriebe in gutem Zustand und vollkommener Betriebsfertigkeit dem Staate zurückzugeben. Außerdem enthalten die Verpachtungsverträge eine Klausel, die sich auf die allmähliche Produktionssteigerung, die während der Verpachtung unbedingt erreicht werden muß, bezieht. So wurden z. B. die Pächter der Ljubonsky-Werke in Petersburg von dem dortigen Volkswirtschaftsrat verpflichtet, im ersten Pachtjahre

ihre Produktion auf einen Wert von 100 000 Goldrubeln zu bringen, der sich im zweiten Jahre auf 150 000 Goldrubel und in den folgenden Jahren um je 10 % zu erhöhen hat."

1921 sind 4860 industrielle Betriebe verpachtet worden. Am 1. Februar 1922 wurden in Petersburg weitere 72 Unternehmen bereits verpachtet; am 1. April waren in Moskau 534 vorläufige Verträge abgeschlossen und 417 Betriebe vertragsmäßig übergeben worden. Die Verträge verteilen sich auf folgende Pächter:

	Metallindustrie	Textilindustrie	Bäckereien	Konditoreien u. Schlächter.
Staatskörperschaften	10	1	2	3
Genossenschaften...	7	9	136	18
Privatpersonen.....	19	23	—	26

	Lederind.	Chem. I.	Polygr. I	Bau-I.	Holzbearb.-Ind
Staatskörperschaften	5	3	5	9	4
Genossenschaften...	13	11	7	5	8
Privatpersonen.....	40	9	16	8	5

Die wichtigsten Zweige der Moskauer Industrien, wie die mechanische, Textil- und chemische Industrie wurden direkt oder unter unmittelbarer Beteiligung der ehemaligen Eigentümer in Pacht genommen.

Dr. Hans von Eckardt

Vereinigte Staaten

Zunahme der Ausfuhr amerikanischer Industrie-Erzeugnisse

New York, 6. Mai 1922.

Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten an Industrieerzeugnissen nimmt langsam, aber stetig zu und zwar sowohl absolut der Quantität nach wie auch prozentual im Verhältnis zur Gesamtausfuhr der Union. Es ist wohl möglich, daß diese Feststellung dem europäischen Industriellen, der eifrig bemüht ist, seinen Erzeugnissen wieder Zugang auf dem Weltmarkt zu verschaffen, nicht eben angenehm in die Ohren klingt; jedenfalls aber wird er nachstehende Angaben, die auf amtliche amerikanische Quellen zurückgehen, als zu seiner Information dienend dankbar begrüßen müssen. Sie zeigen, welcher Anteil auf die Industrie der Vereinigten Staaten entfällt innerhalb der Versuche der Industrie der ganzen Welt, tunlichst die Nicht-industrieländer wieder im Umfang der Vorkriegsjahre zu beliefern.

In den Anfängen des Jahres 1921 belief sich der Wert der Ausfuhr an Industrieerzeugnissen auf durchschnittlich 368 Mill. \$, was einem Anteil an der Gesamtausfuhr von 57,3 % entspricht. Dann setzte ein rapider Rückgang ein, bis der Gesamtwert der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen im Juli 1921 nur mehr 121 Mill. \$ betrug; im Oktober 1921 war er wieder auf 126 Mill. \$ und im März 1922 auf 156 Mill. \$ gestiegen, was einem Anteil an der Gesamtausfuhr von 48,3 % gegen 47,4 % im Februar, 45,8 % im Dezember und nur 33,7 % im August letzten Jahres entspricht.

Aus dieser Zunahme während der letzten Monate darf wohl mit einigem Recht gefolgert werden, daß seitens der Fabrikanten besondere Anstrengungen gemacht worden sind, ihre Erzeugnisse auf den einzelnen Märkten der Welt unterzubringen, zumal im Gegensatz zu ihren Erzeugnissen die sonstigen amerikanischen Ausfuhrartikel, Nahrungsmittel und Rohstoffe, sich sozusagen „selbst verkaufen“, da weite Teile der Welt in den Vereinigten Staaten ihr Versorgungsland für Brot- und Futtergetreide, Fleisch und Baumwolle erblicken, die den größten Teil der amerikanischen Ausfuhr an Nahrungsmitteln und Rohstoffen ausmachen.

Während nun von amerikanischen Industrieerzeugnissen außer Petroleumprodukten nach Europa nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz geht, werden diese in um so stärkerem Maße gerade nach denjenigen Ländern ausgeführt, die die europäischen Industriellen vor dem Kriege zu beliefern pflegten und um die sie sich jetzt wiederum besonders bemühen. Rund gesprochen setzen sich 80 % der amerikanischen Ausfuhr nach Asien aus Industrieerzeugnissen zusammen; diejenige nach Lateinamerika besteht zu 75–80 % und die nach Afrika und nach Ozeanien jeweils zu 75 % aus Industrieerzeugnissen.

Diese in Dollars ausgedrückte Zunahme in der Ausfuhr an Industrieerzeugnissen der Union, ist umso auffälliger angesichts der Tatsache, daß die Preise, zu denen diese jetzt exportiert werden, sich weit unter den Preisen früherer Jahre und in vielen Fällen sogar unter denen von vor einem Jahre bewegen. Gebleichte Baumwolltuche z. B. wurden im Februar dieses Jahres zu 11 cts das Yard ausgeführt gegen 18 cts im Februar 1921; Baumwollstrümpfe zu 2 \$ das Dutzend Paare gegen 3,23 \$ im Februar 1921; Stahl-Ingots usw. zu 29 \$ die Tonne gegen 63 vor einem Jahr; Stahlschienen zu 36 \$ die Tonne gegen 61 vor einem Jahr; verzinnte Bleche, für welchen Artikel die Vereinigten Staaten jetzt der größte Exporteur sind, wurden im Februar zu knapp 5 cts das (engl.) Pfund ausgeführt gegen 8 cts vor einem Jahr und Stacheldraht zu 3½ cts das Pfund gegen etwas über 6 cts im Februar 1921. An Preisrückgängen weiterer Exportartikel erwähnen wir: Sohlleder zu 22½ cts das Pfund gegen 41 cts im vorigen Februar; Harz zu 4,50 \$ der Barrel gegen 9 vor einem Jahr; selbst Gasolin, wonach in den Vereinigten Staaten selber eine riesige Nachfrage besteht, kostete im Februar dieses Jahres nur mehr 21 cts die Gallone gegen 28 vor einem Jahre und Leuchtöl 10 cts die Gallone gegen 16 im Februar 1921. Wollene Tuche und Anzugstoffe wurden im Februar dieses Jahres zu durchschnittlich 1,28 \$ das Yard gegen 2,60 vor einem Jahr ausgeführt; Zement zu 2,90 \$ der Barrel gegen 3,88 im vorigen Februar. In vielen Fällen blieben die Exportpreise im Februar dieses Jahres selbst noch unter denjenigen vom Oktober 1921, mit welchem Monat der Gesamtwert der ausgeführten Industrieerzeugnisse seine Aufwärtsbewegung begonnen hatte.

Das alles dürfte wohl anzeigen, daß die derzeit zur Ausfuhr gelangenden Mengen an Industrieerzeugnissen noch wesentlich größer sind, als in der Steigerung der Wertzahlen sich ausdrückt; in manchen Fällen liegen dafür auch Zahlenangaben vom Februar dieses Jahres vor, die auf die Mengen sich beziehen. So wurden beispielsweise im genannten Monat, verglichen mit Februar 1921, ausgeführt: Baumwolltuche 33 Mill. Yards gegen 30 im Februar 1921; Sohlleder 1 036 000 engl. Pfund (Februar 1921: 873 000); Ziegenoberleder 2 896 000 Quadratfuß, (Februar 1921: 1 541 000); raffinierter Zucker 136 Mill. lbs gegen 39 Mill. im Februar 1921; Glukose (Maissirup) 20 Mill. gegen 14 Mill. lbs; Harz 102 000 gegen 38 000 Barrels; Bauholz 126 000 gegen 66 000 Kubikfuß; Stahlplatten 42 gegen 32 Mill. lbs; Drahtstifte 19 gegen 9 Mill. lbs; Blei, roh, in Barren usw. 9 Mill. gegen 2,5 Mill. lbs; Personenautomobile 3096 gegen 2492 Stück und Sprengstoffe 1 099 000 lbs gegen 126 000 im Februar letzten Jahres.

Die Zunahme des Anteils der Industrieerzeugnisse an der Gesamtausfuhr der Vereinigten Staaten hat bereits längere Zeit vor dem Kriege langsam eingesetzt; der Anteil der Industrieerzeugnisse betrug 1880 15 % der Gesamtausfuhr, stieg 1890 auf 21 %, 1900 auf 35 %, 1910 auf 44 % und 1913 auf 48 %. Während der Kriegszeit stieg dieser Prozentsatz dann rapid und zwar bis auf 58 % im letzten Kriegs-

jahr 1918, ging dann zurück auf 52 % im Jahre 1920 und erreichte mit 34 % im Monat August 1921 seinen tiefsten Stand, seit welcher Zeit er wieder, wie bereits ausgeführt, im November auf 44 %, im Januar 1922 auf 46 %, im Februar auf 47 % und im März 1922, dem letzten Monat, für den genauere Außenhandelsstatistiken vorliegen, auf 48 % gestiegen ist.

O. P. Austin,

Statistiker der New York National City Bank

Chile

Wirtschaftliche Rundschau über das erste Vierteljahr 1922

Valparaiso, den 5. April 1922.

Die Monate Februar/April sind für Chile als Zeit der Salpetersaison besonders wichtig. Trotz einer gewissen Besserung der Verhältnisse in den Monaten Februar/März kann nicht zweifelsfrei mit einer weiteren günstigen Fortentwicklung gerechnet werden. Von den Faktoren, die bereits im letzten Jahre die Wirtschaftskrisis hier zur dauernden Erscheinung machten, hat sich der Salpeterabsatz zwar etwas gebessert, doch lassen die ungeordnete Lage der Staatsfinanzen und die noch immer bestehenden Schwierigkeiten mit den arbeitenden Klassen eine sehr langsame Fortsetzung der Gesundung erwarten.

Die innere Politik stand in der Berichtszeit im Zeichen großer Unruhe. Das bisherige Ministerium Tocornal sah sich dauernd schweren Angriffen ausgesetzt, so daß bereits seit Monaten eine latente Ministerkrise bestand. Der in den großen Parteiverbänden (Union Nacional und Alianza liberal) bestehende Gärungsprozeß machte die Lage besonders unübersichtlich. Ein durch Freunde des Präsidenten gebildetes Ministerium Matte hatte nur einen Tag Lebensdauer und erst Anfang April gelang es, ein Verwaltungsministerium zustande zu bringen. So war es nicht zu verwundern, daß auch in diesem Jahr die Bewilligung der Staatshaushaltsgelder nicht rechtzeitig stattgefunden hat, was die Nichtbezahlung der Beamtengehälter zur Folge haben wird. Das Defizit für das laufende Jahr wird auf 150 Mill. Pesos geschätzt. Das Einkommensteuergesetz, das Fundament der so dringend nötigen Finanzreform, ist ebenfalls unerledigt geblieben.

Dagegen sind eine Reihe Gesetze erlassen oder in Vorbereitung, welche eine Begünstigung der chilenischen Staatsangehörigen auf Kosten der Ausländer bezwecken. Als wichtigstes ist das Ley de Cabotaje (Küstenschiffahrtsgesetz) zu nennen, das im Januar in Kraft getreten ist und die Küstenschiffahrt der chilenischen Flagge vorbehält. Die Bedingungen sind sehr streng: $\frac{3}{4}$ des Aktienkapitals muß in chilenischen Händen sein, die Schiffe müssen chilenische Offiziere und $\frac{3}{4}$ chilenische Besatzung haben. — Das Gesetz ist auf Betreiben der chilenischen Küstenreedereien entstanden, die sich so vor den Folgen der Frachtenkrise zu schützen versuchen. Es ist fraglich, ob das Gesetz für die Weiterentwicklung des Landes förderlich sein wird, da sich das Fehlen leistungsfähiger Konkurrenz bald bemerkbar machen wird. Die englische Pacific Mail Steamship Co., die einen ausgedehnten eigenen Küstenschiffahrtsdienst mit vier eigenen Schiffen unterhielt, hat diese sofort zurückgezogen, um die Dampfer auf anderen Linien zu beschäftigen. Die Küstenfrachten haben daraufhin bereits erheblich angezogen, in Zukunft wird der Präsident Höchstfrachtsätze festsetzen.

Ähnliche Tendenz zeigen andere Gesetze. So liegt ein Entwurf vor, nach dem bei sämtlichen Unternehmungen mit mehr als zehn Angestellten 75 % Chilenen

sein sollen, denen 75 % der Gehälter vorbehalten sein müssen. Es ist zu hoffen, daß dies bei den weiteren Beratungen noch wesentlich geändert werden wird.

Ein neues Scheckgesetz gewährt den Banken größeren Schutz gegen Scheckschwindelen. Über eine wesentliche Erhöhung des Zolltarifes wird noch beraten.

Mannigfache soziale und wirtschaftliche Schwierigkeiten verursachte der große Kohlenarbeiterstreik in Lota und Coronel, der vom 1. Januar bis 21. März ununterbrochen anhielt. Die Unternehmer zeigten eine feste Haltung, so daß die überspannten Forderungen der Arbeiter nicht durchgingen. Versuche, einen Generalstreik zur Unterstützung der Kohlenarbeiter im ganzen Lande durchzuführen, schlugen glücklicherweise fehl. Jedoch kam es so weit, daß sich die amerikanische Kohle trotz Fracht und schlechtem Pesokurs billiger stellte, als das einheimische Produkt.

Die auswärtige Politik gewährte ein günstigeres Bild. Sie wurde vom Minister Barros Jarpa sehr geschickt geleitet, weshalb man ihn trotz aller Krisen auf seinem Posten ließ. Es handelte sich in erster Linie um Beilegung der Differenzen mit Perú über die Auslegung des „Friedens von Ancon“ in den Bestimmungen über die noch ausstehende Abstimmung in den Provinzen Tacna und Arica, die seit dem Kriege von 1879 den Hauptgegenstand der Politik des Landes bilden.

Ende 1921 richtete der Minister Barros Jarpa an Perú die Anforderung, in direkte Verhandlungen zur Lösung der Differenzen einzutreten. Nach manchem Hin und Her wandten sich die chilenische und peruanische Regierung nach Washington mit der Bitte, zur Schlichtung der Streitigkeiten eine Konferenz einzuberufen. Diese ist für Mai angesetzt und die Unterhändler der beiden Staaten sind bereits nach Washington unterwegs. Versuche Boliviens, zu diesen Verhandlungen hinzugezogen zu werden, scheiterten.

Der Ausgang dieser Besprechungen wird in ganz Südamerika mit großer Spannung erwartet, da hierdurch die Stellung der Vereinigten Staaten als Schiedsrichter auch bei Meinungsverschiedenheiten größerer südamerikanischer Republiken festgelegt wird. Auch Ecuador soll beabsichtigen, in ähnlicher Weise seine Grenzkonflikte mit Perú zu schlichten.

Interessant ist, daß in letzter Zeit ganz Südamerika mit Kommunalanleiheangeboten seitens nordamerikanischer Geldgeber förmlich überschwemmt wird. So stehen hier die Municipalitäten von Santiago, Valparaiso und Iquique in derartigen Unterhandlungen. Man hofft wohl, dadurch den Vereinigten Staaten maßgebenden Einfluß in verschiedenen Teilen Südamerikas zu sichern. Allerdings sind die finanziellen Verhältnisse der meisten hiesigen Stadtverwaltungen ein trübes Kapitel. Vielleicht erwarten die Nordamerikaner, sich durch Einholung von Aufträgen schadlos zu halten.

Zurzeit liegt dem Kongreß ein Regierungsantrag vor, die Gesandtschaften in Buenos Aires und Rio zu Botschaften zu erheben und so die engen Beziehungen der ABC-Staaten auch äußerlich bemerkbar zu machen.

Im Januar wurde bei Rothschild in London eine Anleihe von 1,5 Mill. £ erreicht (Ausgabekurs 95, Zinsen 7½ %), die gut untergebracht wurde.

Trotz der besseren Aussichten im Salpetergeschäft ließ die zerrüttete Lage der Staatsfinanzen eine wesentliche Besserung des hiesigen Wechselkurses nicht in Erscheinung treten.

Das neue Jahr setzte mit einem Kursrückgang ein, dessen Schärfe selbst für hiesige Verhältnisse ganz ungewöhnlich war und wohl durch eine stark pessimistische Beurteilung der Salpeteraussichten und größere Spekulationen verursacht wurde. Am 17. Januar wurde mit 47,10 Papierpesos für £ (Parität 13,33) ein Tiefenrekord erreicht. Seitdem war durch günstigere Salpeteraussichten eine Besserung wahrzunehmen; zwischen dem 6. und 10. März notierte das £ 38,10 Papierpesos. Seitdem ist die Notierung wieder auf 40,00 angelangt. Es werteten in chil. Papierpesos durchschnittlich (90 T/S):

	Nov. 21	Dez. 21	Jan. 22	Febr. 22	März 22
£	37,40	39,77	43,33	42,57	39,10
\$	9,46	9,60	10,32	9,79	8,92
Goldprämie.....	183 %	207 %	227 %	226 %	204 %

Die Reichsmark überschritt am 23. März den bisher niedrigsten Stand (1 Papierpeso = 33 M) und notierte bis beinahe 36.

Der Außenhandel Chiles im Jahre 1921 — zum Vergleich die Zahlen 1920 — gestaltete sich für eine Reihe wichtiger Waren nach der amtlichen Statistik folgendermaßen:

Einfuhr:					
Ware	Maß	1921		1920	
		Menge in Mill.	Wert in Mill. \$ zu 18 d	Menge in Mill.	Wert in Mill. \$ zu 18 d
Säcke.....	kg	27,2	23,4	22,1	20,4
Zucker	"	70,9	21,5	71,6	30,9
Gold.....	g	7,2	13,2	5,5	14,3
Eisen	kg	29,2	10,9	23,4	7,0
Steinkohle...	t	0,26	9,5	1,0	6,8
Koks	"	0,20	8,3	0,14	3,6
Petroleum....	"	0,39	7,5	0,63	12,0
Papier	kg	7,0	4,5	16,7	8,0
Reis	"	8,8	3,6	11,6	8,6
Zement	"	38,9	3,2	36,6	3,2
Eisendraht...	"	6,9	3,2	8,4	3,7
Tee	"	1,3	2,9	2,2	5,4
Speiseöl	"	2,0	2,5	2,6	5,2
Rindvieh.....	St.	0,036	2,4	0,037	7,6
Paraffin	kg	16,2	2,4	17,7	3,2
Tabak	"	0,3	2,1	0,3	2,6
Automobile ..	298 Stück		1,7	681 Stück	2,9
Kaffee	"	1,6	1,2	5,6	7,3

Ausfuhr:			
Salpeter....	Qtls. mtr.	10,9	244,8
Kupferbarren	kg	47,7	34,0
Borax	"	28,1	32,3
Jod	"	0,4	10,0
Gefrierfleisch.	"	19,7	8,5
Weizen	"	41,5	8,4
Wolle	"	11,4	7,3
Gerste	"	46,6	5,1
Kupfergest. ..	"	48,7	3,5
Mehl.....	"	10,4	3,0
Malzgerste...	"	23,9	2,6
Bohnen	"	14,6	2,5
Hafer	"	26,4	2,2
Linsen	"	7,0	1,8
Nüsse	"	2,9	1,2
Erbsen.....	"	6,1	0,8

Die Aussichten für den Salpeterabsatz, von dem mehr oder weniger das ganze Land abhängt, wurden Anfang des Jahres sehr trübe beurteilt. Doch wich diese pessimistische Stimmung seit Anfang März, als dauernd neue Verkäufe, wenn

auch kleineren Umfanges, gemeldet wurden. Das Hauptinteresse richtet sich darauf, wann durch den Verkauf des in den Händen des europäischen Salpetertrustes (Pool) befindlichen Salpeters dieser realisiert haben wird.

Während der Vorrat des Pools zu Beginn des Jahres noch auf 830 500 t angesetzt wurde, hat er sich seitdem ständig verringert. Gewisse Kreise wollten schon wissen, daß sämtliche Vorräte vergeben seien, doch betrug die wirkliche noch unverkaufte Existenz des Pools am 25. März d. J. 383 797 t.

Die Weltvorräte an Chilesalpeter werden heute (5. 4.) geschätzt auf:

In Poolhänden (Europa).....	350 000 t
In den Vereinigten Staaten.....	280 000 „
In Privathänden	100 000 „
An der Chileküste	1500 000 „
Zusammen	2 230 000 t

Dies stellt eine Menge dar, die für den Bedarf eines weiteren Jahres noch voll ausreicht. Die Wiedereröffnung der stillgelegten Salpeterwerke im Norden ist deshalb für die nächste Zeit noch nicht wieder zu erwarten.

Was die Preise anbetrifft, so begann das Jahr mit Umsätzen von 10/1½ — 10/3 bei flauer Geschäftslage. Ende Februar war die Notierung auf 10/— heruntergegangen. Sodann stellte sich lebhafteres Geschäft ein, besonders auf die Nachricht hin, daß die Regierung in den Vereinigten Staaten beabsichtige, die dortigen Vorräte als Reserve für Munitionszwecke zurückzuhalten, eine Nachricht die neuerdings wieder in Abrede gestellt wird. Da der freie Salpeter für die ersten drei Monate aufgekauft war, sah sich die Firma Grace & Co., die 4 große Dampfer von je 10 000 t aufgenommen hatte, genötigt, den Salpeter zum Assoziationspreis von 11/— zu kaufen. Im übrigen wurden Ende März freie Abschlüsse Juli/Dezember zu 8/10 bis 9/—, Mai 8/10, Juni 10/1½ gemacht.

Das Hauptkontingent ging außer nach den Vereinigten Staaten nach dem Kanal f. o., der Kontinentsmarkt verhielt sich mit Ausnahme von Holland/Belgien völlig passiv.

Für Deutschland war besonders wichtig, daß 20 000 t nach dort eingeführt werden konnten. Dies war sehr erwünscht, da bereits dem Kongreß ein Gesetzentwurf vorliegt, nach dem die Einfuhr von Waren aus solchen Ländern, die dem Chilesalpeterimport Schwierigkeiten bereiten, verboten werden soll.

Im Metallgeschäft waren bemerkenswerte Preisrückgänge zu verzeichnen. Die günstigen Aussichten, die man bei Beginn des Jahres für Kupfer erhoffte, sind bisher nicht in Erscheinung getreten, vielleicht darum, weil durch die Verminderung der vorhandenen Bestände in verschiedenen Gruben die Arbeit wieder aufgenommen wurde, sodaß erhöhtes Angebot vorhanden war. Die Kupferpreise, die im Januar 67 £ je t notierten, gingen im Februar auf 57 £ herunter und notieren heute nach vorübergehender Steigerung auf gleicher Höhe.

Noch schärfer waren die Rückschläge in Zinn. Ein Teil der in Bolivien gelegenen Zinngruben befindet sich in Händen chilenischer Gesellschaften, deren Papiere an den hiesigen Börsen gehandelt werden, von ihnen sind die Llallaguas ein beliebtes Spekulationspapier. Zinn ist von Januar bis März von 170.— £ auf 140.— £ je t zurückgegangen, wie es heißt, besonders durch Spekulationen der Chinesen, die große Mengen ostasiatischen Zinnes auf einmal auf den Markt warfen und so die Preise drückten.

Das Geschäft in Landesprodukten blieb auch weiterhin lebhaft. Trotz der vorübergehenden Besserung des hiesigen Kurses, die sonst ungünstig zu wirken pflegt, wurden besonders Hülsenfrüchte in großen Mengen verschifft, vor allem nach den

Vereinigten Staaten, wo das russische Hilfskomitee wieder größere Käufe tätigte. Erfahrungsgemäß beginnt bei Einsetzen der wärmeren Jahreszeit in Europa und Nordamerika das Geschäft nachzulassen. Angesichts des schlechten Standes der deutschen Mark mußte manches Geschäft nach dort unterbleiben.

Es notierten in chil. Papierpesos:

	Anfg. Jan.	Februar	März	April
Bohnen (Caballeros)				
100 kg a. B. Talcahuano ...	34,—	40,—	40,—	40,—
Linsen, 100 kg Süden	95,—	120,—	125,—	130,—
Honig, 46 „ „	34,—	32,—	34,—	37,—
Wolle, 46 „ „	50,—	50,—	60,—	60,—

Besonders stark anziehend waren die Weizenpreise, die von 36.— im Januar auf 49.— Anfang April für 100 kg stiegen.

Die jetzt hereingekommene Ernte hat die Erwartungen nicht befriedigt und muß als unter durchschnittlich bezeichnet werden. Schuld daran ist wohl die große Trockenheit.

Der Viehbestand Chiles betrug Anfang 1922: 365 000 Stück Rindvieh, 727 700 Schafe, 35 916 Ziegen und 144 088 Schweine.

Über das Importgeschäft ist zu sagen, daß es in den vergangenen drei Monaten fraglos eine weitere Belebung erfahren hat.

In Abarrotes (Kolonialwaren usw.) hielt die Besserung in der Berichtszeit an. Die vorhandenen Vorräte sind aufgebraucht, so daß neue Einfuhren in größerem Umfange eintrafen. Die Preise waren befriedigend, größere Preissteigerungen fan-

den in Ölen statt, infolge der erhöhten Zölle auf die Peruware.

Im Eisenwarengeschäft war Bewegung.

Der Textilienmarkt zeigte ebenfalls eine gewisse Belebung. Einerseits nötigte die jetzt herannahende kalte Jahreszeit zu größeren Einkäufen, dann aber hat der durch den schlechten Kursstand sehr geringe Import der letzten Zeit eine gewisse Warenknappheit hervorgerufen, welche die vorhandenen Vorräte leichter absetzbar machte.

Schiffahrt und Hafen, Frachten: Die Hafenarbeiten in Valparaiso schreiten fort. Über die Frage der Verteilung und Verwaltung der trocken gelegten Kaistrecken sind Verhandlungen zwischen Regierung und Kaufmannschaft im Gange. Es wäre sehr zu wünschen, daß energische Maßnahmen zur Verminderung des Diebstahlrisikos im hiesigen Hafen getroffen würden, um die Gefahr von Prämienerhöhungen zu vermeiden.

Frachten notierten für Salpeter zu Anfang des Jahres 25/— bis 27/— und gingen im Februar auf 20/— zurück. Notierungen Ende März 21/3 für März/April und 23/9 für das zweite Halbjahr. Zu letzterer Rate ist Schiffsraum angeboten.

Aus der Deutschen Kolonie: Der 18. Januar wurde als Reichsgründungstag in allen größeren Städten Chiles von den deutschen Kolonien festlich begangen. In Valparaiso blieben die deutschen Geschäftshäuser beinahe ausnahmslos geschlossen.

Dr. W. Drascher,

Syndikus der Deutschen Handelskammer

Südwestafrika

Mandatsfrage — Staatsbürgerrecht der Deutschen — Recht — Schule — Eisenbahnen — wirtschaftlicher Tiefstand

Am 10. September 1919 hatte die Südafrikanische Union die Mandatsverwaltung über das ehemalige Schutzgebiet angetreten. Daß sich aus der Halbheit, die aus dem Bestreben der Form nach das Mandat zu wahren, inhaltlich aber eine Annexion vorzunehmen zahllose Schwierigkeiten ergeben würden, hat der letzte Gouverneur des Schutzgebietes Dr. Seiß in der „Kol. Rundsch.“ vom Februar 1920 und anderwo nachgewiesen. Das Gesetz betr. Ausführung des Friedensvertrages und des Südwestafrika-Mandates von 1919 ist in Nr. 186 der „Landeszeitung für Südwestafrika“ im Entwurf abgedruckt. Dadurch wurde dem Generalgouverneur der Union die gesetzgebende und vollziehende Gewalt übertragen, mit der Delegationsbefugnis und der Verpflichtung, Gesetz und Verordnung schnellstens dem Parlament vorzulegen. Im Juni 1920 wurde dieses Gesetz verlängert. Das Mandat selbst datiert vom 17. Dezember 1920 („Times“ vom 9. 2. 1921 gibt den Text). Der Kampf zwischen Mandat und Annexion geht weiter, wenn auch die Regierung schließlich anerkannt hat, daß Mandat nicht-Annexion bedeute. Das Kriegerrecht wurde erst 2½ Jahre nach Friedensschluß, am 1. Januar 1921, aufgehoben, womit Paßzwang, Brief- und Zeitungszensur wegfiel. Man merkte das bald an dem mannhaften Ton der deutschen Presse! Die Deutschen finden Unterstützung durch die Nationalistenpartei des Generals Herjog und, wie es scheint, einen Teil der burischen Ansiedler in Südwestafrika.

Für unsere Landsleute handelt es sich besonders darum, welche Staatsangehörigkeit sie erwerben sollen. Denn obwohl der Friedensvertrag dazu keine Handhabe bietet, vertritt die Regierung den Standpunkt, daß sie nicht mehr Deutsche, sondern staatenlos sind. Nach südafrikanischem Rechte gibt es keine Unionsbürger, sondern nur „British Subjects“ und solche zu werden, tragen die Deutschen naturgemäß Bedenken.

Smuts hat seinen Standpunkt, daß die Union ein souveräner Bestandteil des „Britischen Staatenbundes“ sei, bisher zu praktischen Konsequenzen nicht führen können. Wäre dies der Fall gewesen, so wären die Angehörigen der südafrikanischen Union aus britischen Untertanen Unionsbürger geworden, was unseren Landsleuten den Schritt, den sie tun müssen, sehr erleichtert hätte. Es hat aber den Anschein, als ob es noch lange Zeit hat, bis sie Unionsbürger werden können, es sei denn, daß es Smuts doch noch ratlich erscheint, für sie ein eigenes Mandatsgebiet-Indigenat, das sie zu Unionsbürgern machen würde, durchzusetzen. Bisher hat er sich ablehnend verhalten. Auf alle Fälle muß man von dem Gedanken ausgehen, daß das ehemalige deutsch-südwestafrikanische Schutzgebiet voraussichtlich für immer mit der Union verbunden ist und daß es sich nicht um die Aufrechterhaltung des deutschen Staatsbürgerrechtes, sondern nur um die Aufrechterhaltung des Deutschtums und Gewinnung von Einfluß auf die Politik und Verwaltung des Mandatsgebietes handeln kann und daß der Weg, der zu diesem Ziele der erfolgreichste zu sein verspricht, eingeschlagen werden muß. Das muß einmal, trotz aller Hochachtung vor der treuen Gesinnung, trotz allen Mitgeföhles mit den Beweggründen unserer Südwestler, mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden.

Da im allgemeinen Staatsangehörige nur politische Rechte ausüben können, ist es eine Frage des Herzens, aber auch der Berechnung, ob es richtiger ist zu warten, bis alle „British Subjects“ in der Union Unionsbürger geworden sind, oder ob man für die dazwischen liegenden Jahre das britische Bürgerrecht annehmen zu sollen glaubt. Jedentalls scheint die Regierung von der Absicht abgekommen zu sein, das britische Bürgerrecht zwangsweise zu „verleihen“, mit der Konsequenz,

daß die Widerstrebenden ausgewiesen, oder doch von den politischen Rechten ausgeschlossen werden würden. Die ganze Frage ist noch offen, muß aber jetzt zur Entscheidung gebracht werden, nachdem die Genfer Mandatskommission im Herbst vergangenen Jahres eine Unterkommission zur Erledigung dieser Frage eingesetzt hat. Von der Bestimmung des Ausweisungsgesetzes, daß jeder, der nach der Meinung des Administrators „dem Frieden und der guten Regierung“ gefährlich ist, repatriert werden kann, ist gründlich Gebrauch gemacht worden. 6350 Deutsche mußten das Land verlassen. Am 3. Mai 1921 waren noch 7855 Deutsche, darunter 1750 Frauen und 2755 Personen unter 21 Jahren anwesend, neben 11 000 Briten. Es wanderten britische Staatsangehörige ein:

	Männer	Frauen	Kinder
1918	463	393	41
1919	1381	2606	1973
1920	5693	6679	1970
1921	1648	1633	589

Spalte 2 und 3 lassen die ganze Gefahr für das Deutschtum erkennen!

Die weiße Gesamtbevölkerung betrug 1920 19 372 gegen 1913 14 830, worunter 12 282 Deutsche. Bis Mai 1922 wurde 1184 Deutschen die Erlaubnis zur Rückkehr nach Südwestafrika erteilt, vorzugsweise solchen, die unbewegliches Eigentum im Lande hatten; fast immer aber mußten sie vorher die Kosten der vorhergegangenen zwangsweisen Abschiebung dem Landesfiskus zurückerstatten.

Von der Selbstverwaltung, der sich das Land zu deutscher Zeit erfreute, ist nicht viel übrig geblieben. Der Landesbeirat wird nicht mehr gewählt sondern ernannt; nur die Hälfte der Mitglieder — früher 3, jetzt 4 — sind Deutsche, die Verhandlungen finden bei geschlossenen Türen statt und werden erst nach Monaten in Auszügen veröffentlicht. Den Bezirken ist die Selbstverwaltung zurzeit noch ganz genommen. Die Gemeinden haben sie nur dem Namen nach. Nach der Wahlordnung für die Stadtverwaltungen fragt der Wahlbeamte den Wähler, wem er seine Stimme gibt! In die Wählerliste kommt nur, wer Bewohner oder Besitzer eines Hauses im Werte von mindestens 200 £ ist. Besitzer haben je nach dem Werte des Grundstücks 2—3 Mehrstimmen! Der Entwurf zum Bezirksrätegesetz vom August vorigen Jahres kennt nur ernannte Mitglieder! — Angelsächsische „Freiheit und Demokratie“!

An Stelle des modernen Bürgerlichen Gesetzbuches wurde mit dem 1. Januar 1920 im Mandatsgebiet das vorsintflutliche Holländisch-Römische Recht eingeführt. Das hat tiefgreifende Folgen, namentlich auf dem Gebiete des Immobilienrechts, wo die Beweiskraft der Grundbücher abgelöst ist durch die der Besitzurkunden. In Deutschland aufgenommene Urkunden müssen durch die britischen Konsuln legalisiert werden. Bei der Ausstellung dieser Landtitel wird die ganze Besitzfrage nachgeprüft: Kaufverträge, deren Bedingungen nicht erfüllt sind, werden aufgehoben. Eine „Nachprüfung“ der von der deutschen Regierung seinerzeit verliehenen Konzessionen hatte bekanntlich schon vorher stattgefunden mit dem Ergebnis, daß die Kaoko-Land- und Minengesellschaft und die Hanseatische Minengesellschaft alles, die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika fast alles verlor. Die South Westafrika Cy. behielt 13 600 qkm, die Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft 10 km zu beiden Seiten der Bahn und 500 sqm., South African Territories 128 Farmen. S. W. A. und Kaoko prozessieren dem Vernehmen nach gegen den Unionsfiskus. Von den „enteigneten“ 10 Mill. ha soll ein Drittel für Weiße geeignet sein. Die Regierung hat also das Land, um 1000 Engländer und Afrikaner anzusiedeln, enteignet. So wurden vom 15. 6. 1920 bis 31. 3. 1921 nicht weniger als 317 Farmen im Ausmaß von 2,83 Mill. ha

an 382 Siedler für 2,34 Mill. £ abgegeben. Das neue Genossenschaftsgesetz, dessen Erlaß bevorsteht, scheint den Bedürfnissen des Landes allerdings Rechnung zu tragen. Die großen Schwierigkeiten, die die Währungsfrage gebracht hatte, gehen ihrer Erledigung entgegen, nachdem das Währungsschiedsgericht, das auf Grund der „Debts Settlement Proclamation 1920“ eingesetzt worden war, in anderthalb Jahren alle wesentlichen Fragen entschieden hat. Dabei mußte allerdings in den Kauf genommen werden, daß das Gericht sich so ziemlich in eine Einrichtung zum Gläubigerschutz entwickelte, worunter besonders die Farmer litten. Mitte vorigen Jahres wurde das Mandatsgebiet zolltechnisch zu einem Teil der Union erklärt, wobei Walfischbay — das staatsrechtlich Unionsexklave ist — wiederum zolltechnisch zu einem Teile von Südafrika gemacht wurde. Andererseits wurde im Dezember 1921 der Caprivizipfel verwaltungstechnisch dem Betschuanaland angegliedert.

Die Erhaltung des Deutschtums im Lande verlangt, daß über kurz oder lang deutsch wieder als — dritte — Amtssprache anerkannt wird. Rechtlich ist sie das nicht, praktisch sollen allerdings, wie der nicht unsympathische Nachfolger Hofmeyr des deutschfresserischen Administrators Georges erklärt, deutsche Anfragen deutsch beschieden werden. Hofmeyr, der von deutschen Vorfahren stammt, war zehn Jahre in Kapstadt Parlamentssekretär, was vielleicht die Ursache ist, daß er in dem einen Jahr seiner Regierung bereits mehr geredet hat, als alle deutschen Gouverneure von 1884—1914 zusammengekommen. Im übrigen ist ein südafrikanischer Administrator nicht annähernd so selbständig, wie ein deutscher Gouverneur, sondern lediglich ausführendes Organ der Regierung in Pretoria. Es ist deshalb möglich, daß der Gegensatz zwischen schönen Worten und weniger schönen Taten auf dem inneren Kampf zwischen Wollen und Müssen beruht. In der Schulfrage wenigstens behauptet er, den Deutschen so viel entgegengekommen zu sein, daß ihm in der Union ein „zu weit“ entgegengerufen sei.

Hofmeyr wie Smuts vertreten den Standpunkt, daß sie zwei Erziehungssysteme nebeneinander nicht dulden können und daß die deutschen Kinder zwar die deutsche Muttersprache nicht aufgeben, aber doch englisch oder burisch als zweite Verkehrssprache lernen müßten. So ausgedrückt, wird man dagegen kaum etwas einwenden können, denn die Berufung beider auf ihre Herkunft und ihre Erfolge in der Union müssen als schlagend anerkannt werden. Beider Muttersprache ist holländisch gewesen und beide wären ohne englische Schulbildung nicht zu den maßgebenden Stellungen gekommen, die sie bekleiden. Wir können nur wünschen, daß in dreißig Jahren ein deutscher Junge Administrator von Südwest und ein zweiter Premierminister von Südafrika ist, und würden es für eine Versündigung am Deutschtum halten, wenn man nicht alles tun würde, den Kindern, unter Wahrung ihres Deutschtums, die englische Erziehung zuteil werden zu lassen, ohne die politische Erfolge in Südafrika nicht zu erzielen sind. Dem Regierungsvorschlag, der das Deutsche als Schulsprache vom 7—14. Jahre zuläßt, aber eine Stunde täglich für Englisch und Holländisch vom 8. Jahre an und Englisch oder Holländisch als Schulsprache für die letzten beiden Jahre vorschreibt, wurde von 12 Schulen mit 367 (wahrscheinlich jetzt 487) Schulpflichtigen angenommen, während 4 Volksschulen mit 205 Kindern und die Realschulen in Windhuk und Swakopmund mit 231 Kindern abgelehnt haben. Sie müssen deshalb aus privaten Mitteln unterhalten werden und über kurz oder lang die Schulgebäude räumen. Ob das kühne Vorhaben durchzuführen ist, wenn der wirtschaftliche Tiefstand anhält, muß die Zukunft entscheiden.

An der Trostlosigkeit der wirtschaftlichen Ver-

hältnisse hat auch bisher die vom März bis Dezember fertiggestellte Bahn Otjiwarongo-Ontjo mit ihren 77 km nichts geändert, obwohl sie ein weites Farmgebiet erschließt und ein schon in deutscher Zeit lebhaft gefühltes Bedürfnis befriedigt. Die Bahn Windhuk — jetzt wieder „Windhoek“¹⁾ — Gobabis ist in langsamem Fortschreiten begriffen (Luftlinie 200 km). Es wird gehofft, daß, wenn es gelingt, Kapstadts Widerspruch zu besiegen, sie einmal der Grundstein eines großzügigen Projektes Gobabis-Victoria Falls und Gobabis-Mafeking (je 800—1000 km) sein wird, womit Rhodesia von Beira und Pretoria-Johannesburg von Lourenço Marquez zum Teil unabhängig werden würde; Walfischbay müßte dann allerdings zu einem brauchbaren Hafen umgebaut werden können. Alle südwestafrikanischen Bahnen und Häfen gehen rückwirkend mit dem 10. Januar 1920 auf die Unionsregierung über, die dafür die Unterschüsse seit dem 1. August 1915 sowie 195 600 £ für Wiederherstellungen und 120 000 £ für Neubauten zu tragen hat.

Der Streit, ob Swakopmund oder Walfischbay der Hafen des Nordens werden soll, ist dadurch, daß am 2. Dezember Swakopmund — ebenso wie an der Landgrenze Rietfontain und Romansdrift — als Eingangsplätze für die Union geschlossen wurden, gegen zahlreiche Warnungen für Walfischbay entschieden worden. Deshalb werden auch die Anlagen für Gefrierfleisch, die nunmehr geschaffen werden sollen, dorthin kommen. Die Anlagen sollen zum Bau und Betrieb einer Monopolgesellschaft übertragen werden; die Leistungsfähigkeit soll auf die tägliche Verarbeitung von 150 Haupt Großvieh und 300 Schafen gehen. Kühlanlagen für Molkereiprodukte müssen ebenfalls errichtet werden. Die Pläne sind bis zum 30. September 1922 einzureichen.

Bezeichnend für die Wirtschaftslage ist, daß die Arbeiten an der Gobabisbahn im September begonnen worden sind zum Zwecke der Unterstützung arbeitsloser Weißer, die mit Ausschluß von Farbigen in Trupps von 6—10 Mann die Arbeiten ausführen!

Die wichtigsten Gründe für den Niedergang sind drei. Erstens hat der Zuzug kapitalkräftiger Ansiedler aus Deutschland aufgehört. Bis zum Kriege produzierte Deutsch-Südwestafrika für die Ausfuhr wesentlich nur Mineralien — Diamanten und Kupfer —, während der Viehzuchtüberschuß dazu diente, neue Farmen zu bestocken. Dann kam eine Übergangszeit, in der südafrikanische Zuwanderer an die Stelle der Deutschen traten. Dieser Strom scheint nachgelassen zu haben, als der erhoffte Erfolg ausblieb. Dazu trug bei, daß die Schließung der Diamantminen seit einem Jahr — 200 Weiße und 3000 Eingeborene wurden entlassen — viele Konsumenten brotlos machte und damit viele für ihre Bedürfnisse errichtete Geschäfte existenzunfähig machte. Der dritte Grund ist, daß der Anschluß an die Union keinen Ersatz für diese Einbußen bot, weil diese dieselben Produkte auf den Markt bringt, wie das Mandatsgebiet.

Des weiteren kommt noch folgendes in Betracht. Die britische Währung des Landes verbietet die Ausfuhr nach valutaschwachen Ländern. Die Eingeborenenlöhne sind enorm — um

ein Mehrfaches — gestiegen bei erheblichem Herabgang an Angebot und Leistung infolge der falschen Eingeborenenpolitik der Regierung. Der Viehstand vermehrt sich, kann aber nicht abgesetzt werden. Es fehlt an Mitteln, die der wachsenden Bestockung entsprechenden Anlagen zu schaffen. Die Seuchenfreiheit, die zur deutschen Zeit dank tierärztlicher Fürsorge bestand, hat empfindlichen Seuchenverlusten Platz gemacht. Denn für die abgeschobenen deutschen Tierärzte konnte Ersatz nicht beschafft werden. Die Viehpreise sind auf die Gestehungskosten heruntergegangen und die Farmer haben ihre Lebenshaltung soweit herunterschrauben müssen, daß sie kaum noch dem entspricht, was europäisch genannt werden kann. Hier und da hat ein deutscher Mann bereits die Revolverkugel der „Verkaufung“ vorgezogen.

Über Finanzen, Einfuhr und Ausfuhr gibt folgende Übersicht Aufschluß (in 1000 £):

	Einfuhr	Ausfuhr	Staatseinnahmen	Staatsausgaben	Defizit
1913	2171	3446	269	269	—
1918	1032	—	377	744	367
1919	1135	1680	654	718	64
1920	1103	2585	644	712	69

1921 ging in den ersten drei Monaten die Einfuhr in Lüderitzbucht von 11 459 auf 4416 t zurück, die Tonnenzahl der anlaufenden Schiffe um 4332.

An Diamanten wurden gefördert:

	Karat	Zahl d. Steuer pro Karat	Schätzungswert in 1000 £
1915 ...	13409	3,59	34
1916 ...	144920	5,02	328
1917 ...	364761	5,56	834
1918 ...	372138	6,02	749
1919 ...	462180	5,33	2082
1920 ...	606424	5,17	2000

Die Gesamtförderung seit 1908 beträgt 6½ Mill. Karat im Werte von 13½ Mill. £. Die Kupferminen in Tsumeb förderten 1919 27 000 t, 1920 36 000 t (1913 50 000). Die Zinnförderung betrug 1919 111, 1920 201 t.

Aus allem ergibt sich, daß die Verleihung des Mandats an die Union ein Fehlgriff war, wenn man die Interessen des ehemaligen Schutzgebiets ins Auge faßt. Südafrika ist selbst noch Neuland und braucht Kapital, anstatt daß es abgeben könnte. Außerdem produzieren beide dasselbe: Vieh und Viehprodukte, Diamanten. Die Union hat deshalb ein Interesse daran, den Werdegang des Konkurrenten zu verlangsamen, statt zu beschleunigen. Seine Verkehrsmittel auszubauen, verbietet das Interesse Kapstadts, an dessen Stelle die Häfen des Mandatsgebietes treten würden, wenn Johannesburg mit diesen durch eine den Seeweg abkürzende Bahn verbunden würde. Nach der „Windhuker Allgemeinen Zeitung“ soll deshalb eine Bewegung von den Buren ausgegangen und von den Deutschen lebhaft aufgenommen sein, den Völkerbund zu bitten, das Mandat Deutschland oder den Vereinigten Staaten zu übertragen, wenn er nicht wolle, daß das Land völliger Ruin anheimfalle.

Hans Zache

¹⁾ Lüderitzbucht wurde in „Luderitz“ umgetauft, woraufhin die dortigen Deutschen den Humor hatten, anzufragen, ob sie sich nun kurzweg als Luder bezeichnen sollten.

Schifffahrt und Schiffbau

Frankreich

Zusammentritt einer Enquete-Kommission für die französische Handelsmarine. Auf Anregung des französischen Senats hat der Unterstaatssekretär der Handelsmarine eine große Kommission berufen, die eine genaue Enquete über den gegenwärtigen Stand der französischen Handelsmarine veranstaltet und Vorschläge zur Förderung der heimischen Schifffahrt und Schiffbauindustrie ausarbeiten soll. Das „Journal Officiel“ veröffentlicht jetzt eine Liste der 65 Mitglieder dieser Kommission. Es sind Vertreter der Regierung, der Deputiertenkammer, der Schifffahrtsgesellschaften, Werften und Banken, der Handelskammern, der nautischen Verbände usw. Den Vorsitz wird Senator Brindeau führen. A. K.

Vereinigte Staaten

Angebliche Abwehrmaßnahmen gegen die amerikanischen Linien. Vizepräsident William J. Love von der Emergency Fleet Corporation hat den Vertreter des Schifffahrtsamtes für Europa, Mr. Sheedy, London, angewiesen, zu untersuchen, ob das Gerücht auf Wahrheit beruhe, daß die westeuropäischen Schifffahrtsgesellschaften die amerikanischen Linien mit Hilfe des Rabattsystems wegzudrängen beabsichtigten. Das Gerücht melde, daß man die für 27 wichtige Überseerouten bestehenden Konferenzen einschränken wolle, um die amerikanischen Linien auszuschließen. Bisher habe die Fleet Corporation nur von einem britisch-deutschen Schifffahrtsbündnis, das sich gegen die amerikanischen Schiffe richten soll, gehört, jetzt sei ihr gemeldet worden, daß alle fremden Linien sich zu Abwehrmaßnahmen gegen die Amerikaner vereinigt hätten. A. K.

Die höheren amerikanischen Mannschaftslöhne kein Grund für Schifffahrtssubsidien. Der Führer der International Seamen's Union Andrew Furuseth, legte in den Verhandlungen über die Hardingsche Subventionsbill vor dem Joint Congressional Committee dar, daß der Unterschied zwischen den amerikanischen und britischen Mannschaftskosten nicht derart sei, daß man damit direkte Schifffahrtssubventionen begründen konnte. Er stellte fest, daß infolge der starken Kürzungen, die die amerikanischen Heuern erfahren hätten — Kürzungen von 23 bis 53 % — die frühere Differenz zwischen britischen und amerikanischen Seemannslöhnen beseitigt worden sei. Die amerikanischen Heuern seien jetzt mit den britischen ungefähr gleich und beträchtlich niedriger als die kanadischen und australischen. Dazu komme ferner, daß auf Anordnung des Schifffahrtsamtes die Mannschaftszahl der amerikanischen Schiffe

stark eingeschränkt sei, so daß jetzt die amerikanischen Besatzungsziffern 23 % geringer als die britischen und 70 % geringer als die japanischen seien. Den einzigen Vorteil, den die britischen Reeder noch hätten, sei, daß sie ihre Schiffsoffiziere und Ingenieure nach niedrigeren Sätzen bezahlten.

Jedenfalls dürfe man mit diesem geringen Unterschied in den Betriebskosten der britischen und amerikanischen Schiffe nicht die Lasten zu rechtfertigen versuchen, die die Bill dem amerikanischen Steuerzahler aufzubürden beabsichtige. A. K.

Das International Maritime Committee wird sich auf seiner nächsten Tagung mit der Frage der Schadensersatzpflichtigkeit von Regierungsschiffen beschäftigen. Im Januar d. J. wies der Traffic Manager für die Niederländische Handelskammer in den Vereinigten Staaten, Mr. Neil van Aken im New Yorker „Journal of Commerce“ auf die Unbilligkeit hin, die für die Reeder aller Länder darin liege, daß Regierungsschiffe, wie z. B. die des amerikanischen Schifffahrtsamtes, für Schäden, die sie anrichten, nur in dem Lande, dessen Flagge sie führen, haftbar gemacht werden könnten. Er regte damals die Einsetzung eines International Maritime Court im Haag an, in dem alle Schifffahrtsländer gleich vertreten sein sollten und vor den Klagen und Ansprüche gegen Staatsschiffe gebracht werden könnten.

Diese Anregung hat, wie das „New Yorker Journal of Com.“ jetzt mitteilt, die britische Abteilung des International Maritime Committee veranlaßt, der Niederländischen Handelskammer eine Einladung zur Beteiligung an der nächsten Tagung des Komitees, die wahrscheinlich Ende d. J. in London stattfinden wird und auf der das Problem der Haftpflicht der Staatsschiffe behandelt werden soll, zu senden. Großbritannien, Belgien, Frankreich und Italien haben die Absicht, sich mit der gleichen Frage zu beschäftigen. Auf der Tagung des International Committee wird Sir Maurice Hill, ein Mitglied des Admiralty Branche of the British High Court, einen erschöpfenden Bericht über die bisher bei den englischen Gerichten vorliegenden Entscheidungen hinsichtlich der Staatsschiffe erstatten. Er wird sich dabei auch auf die von der Niederländischen Handelskammer ausgegangenen Anregung beziehen und Vorschläge zur Regelung dieser Frage unterbreiten. Einer dieser Vorschläge ist, daß die Regierungen, die Staatsschiffe besitzen, sich einverstanden erklären, daß die lokalen Gerichte ermächtigt werden, über Schadensansprüche gegen Regierungsschiffe zu entscheiden.

An die Reederverbände der verschiedenen Länder soll die Aufforderung ergehen, ihre Ansicht über diese Frage darzulegen. A. K.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

H a m b u r g

	18. 5.	19. 5.	20. 5.	22. 5.	23. 5.
	M.	M.	M.	M.	M.
New Y. Kabel 1 \$	291 ¹ / ₂ — 297	296 — 299	300 — 304 ¹ / ₂	312 ¹ / ₂ — 317	301 ¹ / ₂ — 307 ¹ / ₂
London ... 1 £	1293 ¹ / ₂ — 1326 ¹ / ₂	1319 ¹ / ₂ — 1334	1339 ¹ / ₂ — 1354	1386 — 1411 ¹ / ₂	1337 — 1366 ¹ / ₂
Paris 100 fr	2670 — 2725	2695 — 2735	2715 — 2760	2805 — 2875	2715 — 2755
Brüssel ... 100 fr	2420 — 2480	2450 — 2495	2485 — 2535	2575 — 2615	2485 — 2540
Rom 100 Lire	1532 — 1557	1510 — 1535	1532 ¹ / ₂ — 1555	1590 — 1622 ¹ / ₂	1535 — 1560
Madrid 100 Peset.	4580 — 4685	4675 — 4725	4750 — 4810	4940 — 5040	4780 — 4890
Zürich 100 fr	5627 ¹ / ₂ — 5705	5677 ¹ / ₂ — 5720 ¹ / ₂	5780 — 5820	5940 — 6050	5710 — 5820
Amsterdam 100 fl	11360 — 11602 ¹ / ₂	11497 ¹ / ₂ — 11615	11685 — 11827 ¹ / ₂	12135 — 12340	11685 — 11915
Kopenhag. 100 Kr	6165 — 6360	6305 — 6385	6440 — 6487	6630 — 6760	6415 — 6540
Stockholm. 100 Kr	7465 — 7572	7615 ¹ / ₂ — 7680	7715 — 7772 ¹ / ₂	8040 — 8135	7790 — 7910
Kristiania . 100 Kr	5415 — 5516	5490 — 5550	5565 — 5625	5665 — 5740	5415 — 5570
Helsingfors 100 FM	600 — 622 ¹ / ₂	610 — 620	620 — 636	638 — 652	620 ¹ / ₂ — 632
Prag 100 K.	560 — 572	567 — 574 ¹ / ₂	572 — 583	590 — 604	569 — 578
Wien 100 K. ^{neu}	25 ³ / ₈ — 35 ³ / ₈	25 ³ / ₈ — 35 ³ / ₈	23 ³ / ₄ — 33 ³ / ₄	23 ³ / ₄ — 33 ³ / ₄	23 ³ / ₄ — 33 ³ / ₄
Budapest.. 100 K	37 — 38	36 ³ / ₈ — 37 ³ / ₈	36 — 37	36 ¹ / ₂ — 37 ¹ / ₂	35 — 36
Agram 100 Din.	—	415 — 425	—	425 — 435	430 — 435
Buen. Aires 1 PesP.	106 — 109	106 ¹ / ₂ — 108 ¹ / ₂	107 ¹ / ₂ — 109 ¹ / ₂	111 — 114	107 — 110
Rio d. Jan.* 1 Milr.	40 — 42 ¹ / ₂	40 — 42 ¹ / ₂	40 ¹ / ₂ — 42 ¹ / ₂	42 — 45 ¹ / ₂	40 — 43

*) Bankmeldung, alles übrige amtlich festgesetzter Börsenkurs.

	Parität	Berlin 23. 5.	New York 23. 5.	London 23. 5.	Paris 23. 5.	Zürich 23. 5.	Amsterd. 23. 5.	Kopenh. 23. 5.	Stockh. 23. 5.	Wien. 23. 5.
	M	M	\$	*)	fr	fr	fl	Kr	Kr	K
Berlin 100 M.....	100,—	—	0,33 ¹ / ₂	1325,—	3,65	1,64 ¹ / ₂	0,85 ¹ / ₂	1,60	1,24	3 232,50
New York Kab. 1 \$	4,20	301,50	—	4,45	11,68 ¹ / ₂	5,24 ¹ / ₄	2,57 ³ / ₈	4,70	3,87	9 881,50
London 1 £	20,43	1347,50	4,47	—	49,33	23,33	11,45 ¹ / ₂	20,87	17,19	44 175,—
Paris 100 fr	81,—	2730,—	9,04	49,22 ¹ / ₂	—	47,20	23,97 ¹ / ₂	42,15	34,85	89 600,—
Brüssel 100 fr	81,—	2520,—	—	53,27 ¹ / ₂	92,75	43,65	21,47 ¹ / ₂	39,10	32,10	—
Rom 100 Lire....	81,—	1550,—	5,11 ¹ / ₂	86,87	56,87	26,75	13,15	—	—	50470,—
Madrid 100 Pesetas	81,—	4800,—	—	27,93 ¹ / ₂	176,25	83,80	40,90	—	—	—
Zürich 100 fr	81,—	5770,—	—	23,33	211,50	—	49,10	89,60	74,—	189 375,—
Amsterdam 100 fl	168,75	11775,—	38,85	11,45 ¹ / ₂	431,25	203,80	—	184,25	150,50	386 250,—
Kopenhagen 100 Kr	112,50	6450,—	21,25 ¹ / ₂	20,87 ¹ / ₂ ¹ / ₂	—	112,—	55,—	—	82,50	202 875,—
Stockholm 100 Kr	112,50	7840,—	25,70 ¹ / ₂	17,28 ¹ / ₂ ¹ / ₂	—	136,—	66,60	120,40	—	—
Kristiania 100 Kr	112,50	5465,—	18,40 ¹ / ₂	24,09 ¹ / ₂	—	94,75	46,75	85,—	7,060	—
Helsingfors 100 F.M. ...	81,—	637,—	—	215,— ¹ / ₂	—	—	—	9,85	8,10	—
Prag 100 K	85,—	576,—	1,91 ¹ / ₂	233,— ¹ / ₂	—	9,92 ¹ / ₂	—	8,85	7,60	18 815,—
Wien 100 K neu.	85,—	3,17 ¹ / ₂	—	43 000,— ¹ / ₂	—	0,05 ¹ / ₂	0,02 ³ / ₄	—	—	—
Budapest 100 K	85,—	35,40	—	3 475,— ¹ / ₂	—	0,60	—	—	—	1 179,50
Agram 100 Dinare	81,—	—	—	295,— ¹ / ₂	—	1,85	—	—	—	14 048,—
Buenos Aires 1 Peso P.	1,78	110,—	—	44 ¹ / ₂ ¹ / ₂	—	1,89	—	—	—	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £. 1) Kurs v. 20. 5. †) pence f. Gold peso.

Berlin 23. 5.: Bulgarien	100 Leva = 224,50 M.
Japan	1 Yen = 142,75 M.
Rio de Janeiro ...	1 Milr. = 41,50 M.

Wertstand in Hundertteilen des Friedensstandes

	New York 23. 5.	Zürich 23. 5.	Amsterd. 23. 5.	Kopenh. 23. 5.	Stockh. 23. 5.
Reichsmark	1,41	1,33	1,44	1,80	1,39
Dt.-östr. Krone ..	—	0,05	0,05	—	—
Französ. Frank....	46,86	47,20	49,95	58,54	48,40
Pfund Sterling....	91,79	92,51	94,59	114,92	94,66
Dollar	—	101,06	103,37	126,01	103,75

Entwertungszahl 1)

	New York 23. 5.	Zürich 23. 5.	Amsterd. 23. 5.	Kopenh. 23. 5.	Stockh. 23. 5.
Reichsmark ..	71,79	71,23	69,78	57,33	69,70
Dt. östr. K. 23. 5.	2000	1987	1946	1608	—
Franz. Frank. 23. 5.	2,25	2,33	2,07	1,71	2,07
Pfund Sterling 23. 5.	1,09	1,08	1,06	0,87	1,06
Dollar	—	1,01	0,97	0,79	0,96

1) Die Entwertungszahl gibt an, das Wievielfache des Friedenskurses einer Währung ihr gegenwärtiger Kurs beträgt.

Geldmarkts-Sätze

Berlin tägliches Geld			
17. 5.	4 ¹ / ₄ u. darüber	22. 5.	4 ¹ / ₄ u. höher
18. 5.	4 ¹ / ₄ " "	23. 5.	4 ¹ / ₄ " "
19. 5.	4 ¹ / ₄ " "	—	—
London Tägliches Geld Privat-Diskont Handelswechsel			
		(3-Monatsw.)	(3 Monate)
16. 5.	1—2	2 ³ / ₈	3 ¹ / ₂ —4
17. 5.	1—2	2 ³ / ₈	3 ¹ / ₂ —4
18. 5.	1—2	2 ³ / ₈	3 ¹ / ₂ —4
19. 5.	1 ¹ / ₂ —2 ¹ / ₂	2 ³ / ₈	3 ¹ / ₂ —4
20. 5.	2	2 ³ / ₈ —5 ¹ / ₁₆	3 ¹ / ₂ —4
21. 5.	1—2	2 ³ / ₈	3 ¹ / ₂ —4

New York tägliches Geld		11. 5.	18. 5.
Bankwechsel FRB.....	—	4 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂
Bankwechselerhöhung:			
Mitglieder (3 Monate).....	—	3 ⁵ / ₈	3 ⁵ / ₈
Nichtmitglieder (3 Monate).....	—	3 ⁵ / ₈	3 ⁵ / ₈
Handelswechsel (3 Monate).....	—	4 ¹ / ₄	4 ¹ / ₄

Diskontsätze

	letzte Ändr.		letzte Ändr.
Helsingfors ... 9 %	8. 11. 20	Kristiania 5 ¹ / ₂ %	16. 5. 22
Tokio	8 " 18. 11. 19	Prag	5 " 27. 4. 22
Kalkutta	7 " 27. 4. 22	Kopenhagen ..	5 " 24. 4. 22
Lissabon	7 " 3. 9. 20	Paris	5 " 11. 3. 22
Wien	7 " 29. 11. 21	Stockholm....	5 " 9. 3. 22
Warschau 7 "	9. 21	Berlin	5 " 23. 12. 14
Sofia	6 ¹ / ₂ " 14. 6. 19	Brüssel	5 " 19. 5. 21
Athen	6 ¹ / ₂ " 15. 5. 20	New York F.R.B. 4 ¹ / ₂ "	2. 11. 21
Moskau	6 " 29. 7. 14	Amsterdam ...	4 ¹ / ₂ " 1. 7. 15
Rom	6 " 11. 5. 20	London	4 " 13. 4. 22
Madrid	6 " 4. 11. 20	Schweiz	3 ¹ / ₂ " 2. 3. 22
Bukarest	6 " 4. 9. 20		

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	Paris 15. 5.	20. 5.
Alexandrien, £:	97 ¹ / ₂ Pst	97 ¹ / ₂ Pst
Bombay Rup.:	24 d 1 s 3 ¹ / ₈ —1 ³ / ₈ d	1 s 3 ⁵ / ₈ —3 ³ / ₈ d
Hongkong, \$:	—	2 s 7—7 ¹ / ₂ d 2 s 7 ¹ / ₂ —8 ³ / ₈ d
Schanghai, Tael:	—	3 s 6—7 ¹ / ₂ d 3 s 7—8 ³ / ₈ d
Singapore, \$:	—	2 s 3 ¹ / ₈ —4 ¹ / ₈ d 2 s 3 ¹ / ₈ —4 ³ / ₈ d
Yokohama, Yen	24,58 d	2 s 1 ³ / ₈ —1 ⁵ / ₈ d 2 s 1 ³ / ₈ —1 ⁵ / ₈ d
Montev. T. T., \$:	51 d	43 ¹ / ₂ —4 ³ / ₈ d
Rio de Jan., Mil.:	27 d	— d 7 ¹ / ₈ d
Buen. Air. T. T., \$:	47,58 d	44 ⁵ / ₈ —7 ¹ / ₈ d 44 ¹ / ₂ —1 ¹ / ₂ d
Valpar. 90 T., £:	1 ¹ / ₂ Pesos	37,60 \$ 36,60 \$
Mexiko, \$:	324,58 d	25—28 d 25—28 d

Neugründungen und Kapitalerhöhungen von A.-G. im März 1922 (Vgl. Heft Nr. 20 v. 19. 5.)

Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %
Wasser-, Eiswerke, Kühlhäuser			Riehle & Vogel, A.-G., Alpers-			Kakao-u. Schokoladenfabrik)		
Neugründungen			bach	2500	100	A.-G., Bremen	13000	26)
„Bawag“, Bayerische Wasser-			Schinken- u. Wurstfabrik,			Schmalz, Fett, Margarine usw.		
kraft A.-G., München	10500	115	A.-G., Berlin	300	100	Neugründungen		
Schokolade-, Teigwaren-, Konservenfabriken			Schokoladen- u. Konfitüren-			Oldenburger Margarinewerke		
Neugründungen			A.-G., Berlin	4000	100	A.-G., Hoykenkamp b. Del-		
Hickstein-Werke, A.-G. f. Keks-			Schokoladenfabrik Rhemann,			menhorst	8000	100
u. Waffelfabrikation, Magde-			A.-G., Köln	3500	110	Fischwaren-Industrie		
burg	2000	100	Kapitalerhöhungen			Kapitalerhöhungen		
Konservenfabrik Leibbrandt,			Ehlers & Co., A.-G., Kiel ...	2000	100	Norge, A.-G. f. Fisch-Industrie,		
A.-G., Scharndorf	15000	25)	„Goldina“, (fr. Weser-Werke,			Frankfurt	1000	130

V = Vorzugsaktien. 25) 10 Mill. M. zu 120 %, 5 Mill. M. zu 100 %. 26) 11 Mill. M. zu 215 %, 2 Mill. M. V zu 100 %.

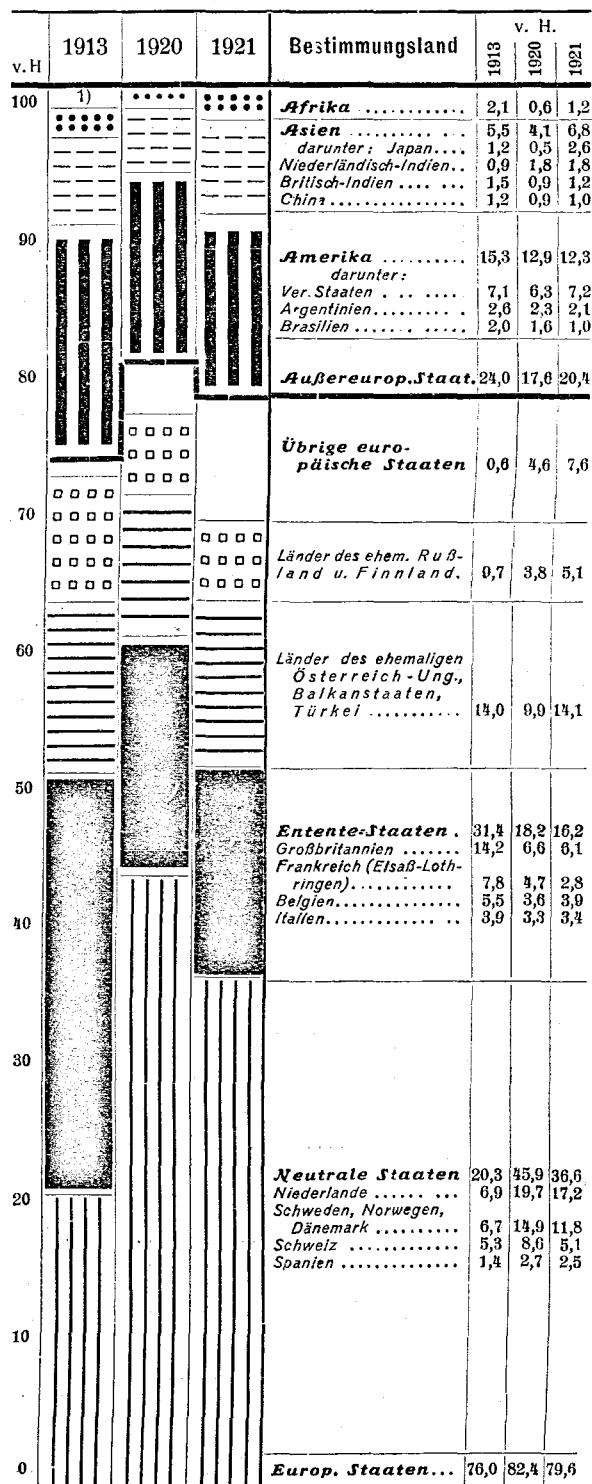
Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %
Nahrungsmittelindustrie			Friedrich Andreas Perthes,			Immobilienhandel und Verwertung		
Neugründungen			A.-G., Stuttgart.....			Neugründungen		
Kaffeewerke Mokatina A.-G.,			car-Film A.-G., Berlin	650	100	A.-G. f. Industrierräume, Berlin	200	100
Bremen	4000	100	Vierbezentrale Lloyd Berlin-	700	100	Am Fischmarkt, Grundstücks-		
Kapitalserhöhungen			Bremen, A.-G., Berlin.....	10000	110	verwaltung- u. verwertungs-		
Deutsche Nährflockenwerke			Kapitalserhöhungen			A.-G., Berlin.....	100	100
A.-G., Breisach	3750	100	Balnea, A.-G. f. Reiseandenken			Charlottenburg, Grundstücks-		
„Gallus“, A.-G. f. industrielle			u. Fotochromobildfabrik,			A.-G., Berlin	1000	100
Geflügelzucht, München ..	200	27)	Nürnberg	1150	5)	Der Schwerthof, Betriebs-A.-G.		
Kaffee- u. Lebensmittel-Ver-			F. A. Günther & Sohn, A.-G.,			Köln	3500	100
triebs-A.-G. Max Müller &			Berlin	1260	100	Dortmunder gemeinnützige		
Co., Berlin	1000	28)	Heinemanns Büstenfabrik			Bau-Aktien-Ges. Hellweg,		
Tabak, Zigarren, Zigaretten			A.-G., Berlin	3995	100	Dortmund	40000	100
Neugründungen			Landlicht-A.-G., Berlin	14900	38)	Gemeinnützige Heimstätten-		
Chr. Frischen Söhne, A.-G.,			Ring-Film-A.-G., Berlin	3800	100	A.-G., Oberschles., Gleiwitz	200	100
Bremen	2500	100	Terra-Film-A.-G., Berlin	9000	135	„Germania“, Immobilien-A.-G.,		
Louis Lypstadt & Co., A.-G.,			Ver. Druckereien, Kunst- u.			Berlin	100	100
Frankfurt	16000	29)	Verlagsanst. A.-G., Dillingen			Grundverwertungs-Gesellsch.,		
Heinrich Müller, Tabak- u.			Verlagsanst. Deutscher Herold,			Teerhof, Bremen	200	100
Zigarrenfabr., A.-G., Bremen	3000	100	Berlin	1850	100	Hallesches Tor, Grundstücks-		
Tabak-Exp.-Compag., Bremen	5000	100	Handelsgewerbe			verwaltungs-u. verwertungs-		
Gebr. Ungewitter, A.-G.,			Neugründungen			A.-G., Berlin	50	100
Mansfeld	3200	100	A.-G. f. Erwerb u. Verwertung			„Hortus“, A.-G., Berlin	100	100
Wenest-Zigarettenfabr., A.-G.,			v. Industrievermögen, Berl.	1000	100	„Isis“, Grundstücksverwert.		
Berlin	18000	100	Altstädter Handels-A.-G.,			A.-G., Berlin	100	100
Kapitalserhöhungen			Hamburg	320	100	Mitteldeutsche Terrain-A.-G.,		
Pinguin-Cigarettenfabr.-A.-G.,			Berliner Lederwaren-Com-			Berlin	100	100
Düsseldorf	12000	30)	missions-A.-G., Berlin	5	100	Norddeutsche Terrain- u. Bau-		
Baugewerbe			Bd. Blumenfeld, Komm.-Ges.			A.-G., Hamburg	100	100
Neugründungen			a. Akt., Hamburg	14000	100	„Oikos“, A.-G., Berlin	100	100
Allg. Bau-A.-G., Berlin	3000	100	Bondy, Marten & Co., A.-G.,			„Radius“, Grundstücks-A.-G.,		
Badische Baugesellsch., A.-G.			Hamburg	2000	100	Berlin	40	100
f. Hoch- u. Tiefbau, Freiburg	4000	31)	Deutsche Kolonialwoll-A.-G.,			Schloßkellerbau A.-G., Leipzig	300	100
Joseph Fraenkel, Baugesell-			Berlin	20	100	Kapitalserhöhungen		
schaft, Berlin	3000	100	Deutsche Kupfer A.-G., Frankf.	6000	100	Grundstücksbau- u. Bau-A.-G.		
Ernst Sandvoß, A.-G., Düssel-			Dresdner Briefmarken- u.			Knies, fr. Groß-Berlin, Berlin	900	100
dorf	5000	100	Münzenverwert. Ges., A.-G.,			Hamburger Immobilien-A.-G.,		
Ver. Baumaterialien-Handlun-			Dresden	500	100	Hamburg	2000	120
gen Felix Müller & Th. Oster-			Eisenhandels-A.-G., Duisburg	10000	100	Hausbau- u. Grundstücksver-		
ritter, A.-G., Stuttgart	3500	100	„Ferrocarril“, A.-G. f. Indust.			kehr-A.-G., Berlin	900	100
Kapitalserhöhungen			u. Landwirtsch., Kattowitz.	300	100	Industrie- u. Siedlungsbau-		
A.-G. f. Beton- u. Monierbau,			„Flax“, A.-G., Berlin	1000	100	A.-G., Köln	6000	125
Berlin	5000	32)	Getreide-, Industrie- u. Hdl.			Norddeutsche Handels-A.-G.,		
Baugesellschaft Heilbronn,			A.-G., Mainz	50000	100	Berlin	900	100
Heilbronn	750	115	Handelsgesellsch. „Transact“,			Terrain-Gesellschaft Neu-		
Philipp Holzmann, A.-G.,			A.-G., Wiesbaden	1000	100	Babelsberg, Berlin	4350	100
Frankfurt	27900	33)	„Lixtrü“, A.-G., Wiesbaden.	3000	100	Banken		
Lerche & Rippert, Hoch u.			„Mea“, Vertriebsaktiengesell-			Neugründungen		
Tiefbau-A.-G., Berlin	4000	120	schaft, Stuttgart	3000	100	Diskonto- u. Effekten-Bank		
Union-Baugesellschaft a. Akt.,			Werkzeugmaschinen-Betriebs-			A.-G., Berlin	3000	100
Berlin	5400	150	A.-G., Göppingen	1125	100	Leipziger Bankverein, Leipzig	5000	40)
Graphisches Gewerbe, Verlag, Kunstgewerbe			„Zukunft“, A.-G. f. Patentver-			Süddeutsche Beamtenversor-		
Neugründungen			wertung, Berlin	50	100	gungs- u. Kreditgesellschaft,		
Buchdruckerei u. Verlagsan-			Kapitalserhöhungen			Komm.-Ges. a. A., Mannheim	1000	100
stalt Merkur A.-G., Gautsch			„Amstea“, American Steel			Kapitalserhöhungen		
b. Leipzig	1000	100	Engineering and Automotiv			Anhalt-Dessauische Landes-		
Deutsche Film-A.-G., Hannover	300	110	Products, A.-G., Hamburg.	4000	100	bank, Dessau	20000	147½
Deutsche Vereins-Film-A.-G.,			Hugo Braunstein, A.-G., Düssel-			Bergisch-Märkische Industrie-		
Leipzig	1000	100	dorf	1000	100	Gesellschaft, Barmen	22000	41)
Feuer-Verlag A.-G., Bochum.	200	100	Bremer Im- & Export A.-G.,			Braunschweigische Bank u.		
Glanzfilm-A.-G., Berlin	20000	120	Bremen	1100	100	Kreditanstalt A.-G., Braun-		
Goethe-Verlag, Buch- u. Lehr-			D. Couandé, A.-G., Berlin	1000	100	schweig	50000	150
mittelhdlg., Komm.-Ges. a.			Export A.-G., Berlin	2700	100	Creditbank Minden, A.-G.		
Akt., Düsseldorf	20	100	Handelskontor A.-G., Hamburg	3000	100	Minden	1800	120
John Hagenbeck, Film-A.-G.,			„Hermes“, A.-G., Bremen	32000	100	Duisburger Bankverein, A. G.		
Berlin	7000	110	„Inhalt“, Industrie- u. Handels-			Duisburg	3500	110
Kieler Druckerei A.-G., Kiel	500	100	A.-G., Berlin	6000	38)	Dürener Bank, Düren	14000	125
Niederdeutsche Zeitung,			Rudolph Karstadt, A.-G.,			Essener Kreditanstalt, Essen	100000	42)
Druckerei u. Verlag A.-G.,			Hamburg	75000	39)	Alfred Fester & Co., Komm.-		
Hannover	600	125	Keks-Einkaufsvereinigung			Ges. a. Akt., Düsseldorf ..	50000	100
Ostfilm-A.-G., Breslau	300	100	A.-G., Charlottenburg	1700	100	Handels- u. Verkehrsbank		
Ostsee-Verlags-A.-G., Stettin	6500	34)	„Montan“, A.-G., Hamburg ..	2000	100	A.-G., Hamburg	4000	43)

27) 100 000 Mk. zu 100 %, 50 000 Mk. zu 20 %, 50 000 Mk. zu 150 %. 28) 8 200 000 Mk. zu 120 %, 180 000 Mk. V zu 135 %. 29) 15 Mill. Mk. zu 110 %, 1 Mill. Mk. zu 100 %. 30) 11 Mill. Mk. zu 150 %, 1 Mill. Mk. V zu 100 %. 31) 1 380 000 Mk. zu 120 %, 2 620 000 Mk. zu 100 %. 32) 2 Mill. Mk. zu 100 %, 3 Mill. Mk. zu 120 %. 33) 18 900 000 Mk. zu 155 %, 9 Mill. Mk. V zu 100 %. 34) 6 Mill. Mk. zu 120 %, 500 000 Mk. V zu 100 %. 35) 1 Mill. Mk. zu 120 %, 150 000 Mk. V zu 100 %. 36) 11 400 000 Mk. zu 125 %, 2 500 000 Mk. zu 110 %, 1 Mill. Mk. zu 100 %. 37) 2 Mill. Mk. zu 120 %, 1 500 000 Mk. zu 140 %. 38) 2 Mill. Mk. zu 150 %, 4 Mill. Mk. zu 130 %. 39) 45 Mill. Mk. zu 140 %, 30 Mill. Mk. zu 100 %. 40) 3 Mill. Mk. zu 100 %, 1 250 000 Mk. zu 110 %, 750 000 Mk. zu 120 %. 41) 12 Mill. zu 157½ %, 10 Mill. Mk. V zu 100 %. 42) 50 Mill. Mk. zu 125 %, 50 Mill. Mk. zu 150 %. 43) 1 441 000 Mk. zu 120 %, 2 559 000 Mk. zu 150 %.

Ausfuhr und Schiffsverkehr

Die Verteilung der deutsch. Ausfuhr in % des Gesamtwertes

Das auffallende Merkmal des untenstehenden Bildes ist die Verminderung des Anteils der Entente-Staaten an der deutschen Ausfuhr zugunsten der neutralen Staaten, die im Jahre 1920 fast die Hälfte der deutschen Ausfuhr aufnahmen. 1921 sank ihr Anteil jedoch wieder, indem sich die Ausfuhr besonders den kleineren oder handelschwächeren Staaten Europas zuwandte. Der Anteil der außereuropäischen Staaten hat im ganzen nach dem Kriege abgenommen. Im einzelnen sind besonders Japan und Niederländisch-Indien stärker beteiligt als 1913, während die Vereinigten Staaten den Vorkriegsstand nur wenig überschritten haben.



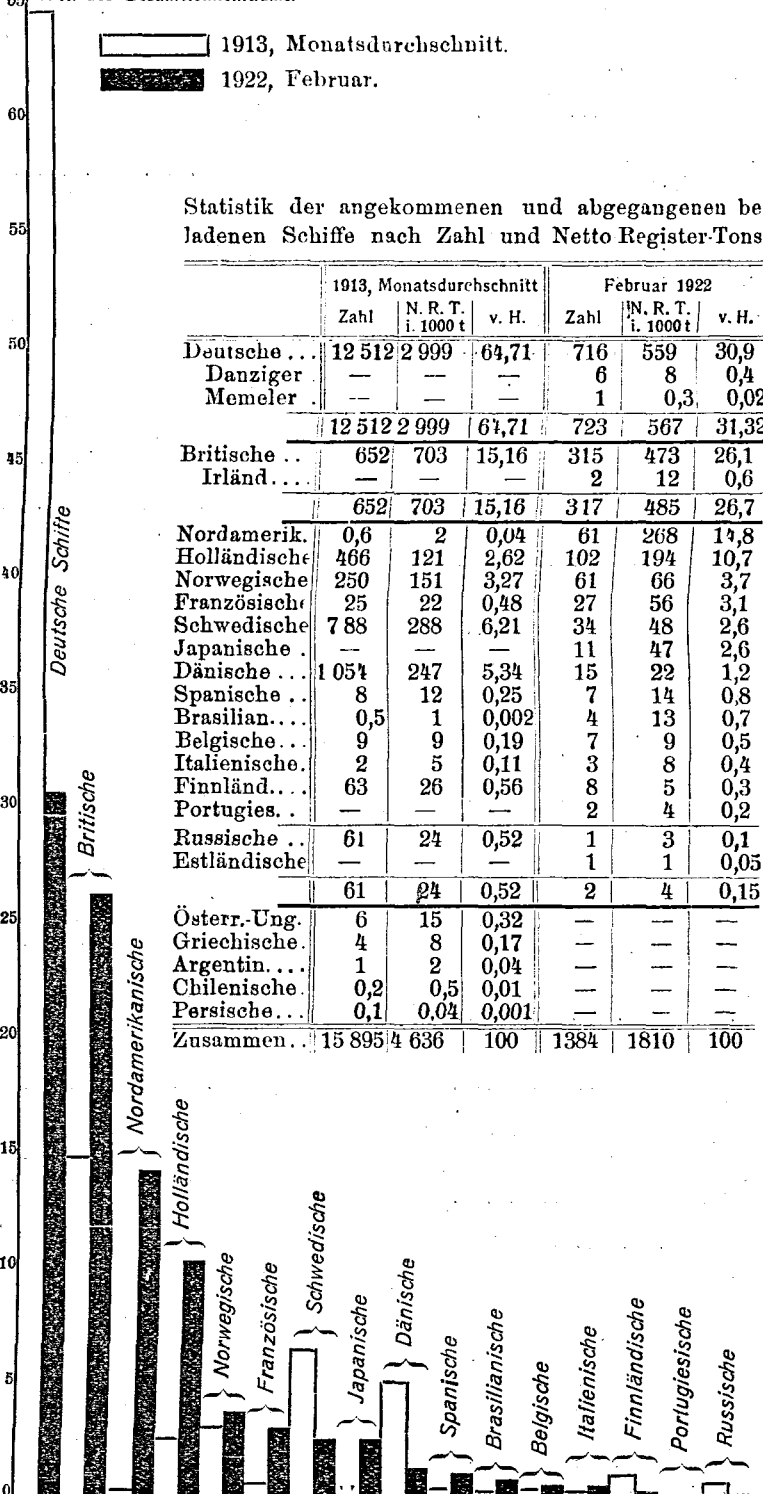
1) Australien und Polynien 1913: 1,0, 1920: 0,0, 1921: 0,0, v. H.

Seeverkehr in den deutschen Häfen

im Jahre 1913 und im Februar 1922

Der Verlust der Handelsflotte hat den Anteil der deutschen Flagge im Schiffsverkehr der deutschen Häfen von 65 auf 31 v. H. geschmälert. Die britischen Schiffe mit 27 v. H. stehen den deutschen nur wenig nach. Die Vereinigten Staaten, 1913 an dritt- oder viertletzter Stelle, kommen jetzt schon an dritter Stelle. Japan, das 1913 überhaupt nicht vertreten war, steht nun an achter Stelle.

65 v. H. des Gesamttonnenraums.



Weltmarktpreise

Ware	Börse*)	Ende 1913		Durchn. I. Viertelj. 22		April-Durchschnitt			Mai-Notierungen						
		Notierung	Preis in M. Fried.-Par.	Notierung	Preis in M. Kurswert	Notierung	Preis in M. Fried.-Parif.	Preis in M. Kurswert	15. 5.	16. 5.	17. 5.	18. 5.	19. 5.	20. 5.	
Kolonialwaren															
Kaffee	Hamburg	0.52	je kg	38.30	je kg	je kg	je kg	je kg	—	54.—64.—	67.—69.—	69.—	—	54.—64.—	
	New York	9.—	0.80	9.36	47.45	10.72	0.95	69.25	11.—	11.—	11.—	11.—	11.—	10.87	
Tee	London	—/81/2	1.51	1/5	155.15	1/3	2.80	179.13	—/113/4	1/4	1/4	1/4	1/2—1/6	—	
Kakao	Hamburg	M. 60.—	—	45/5	45.53	46/6	0.93	60.—	—	47.—49.—	45/6—46/—	46/—	—	47/—	
Zucker	New York	0.39	—	12.98	—	18.25	—	—	18.—19.—	18.—19.—	18.—18.75	18.60—19.50	19.—20.—	19.30—20.—	
	London	3.12	0.28	3.75	19.—	3.95	0.35	25.51	—	4.04	4.04	4.04	4.04	4.04	
Reis	Hamburg	0.25	—	14.20	—	19.25	—	—	19.20	19.20	19.05	19.05	18.65	18.90	
	London	7—71/2	0.15	13/8	13.75	14/5	0.28	18.60	14/9	14/9	14/9	14/9	14/6	14/6	
Getreide															
Weizen	Hamburg	10.25	je 100 kg	541.—	je 100 kg	je 100 kg	je 100 kg	je 100 kg	725—735	720—730	725—730	740—750	735—745	760—770	
	Buenos Aires	8.10	32.81	12.68	1021.—	13.57	54.96	1411.28	13.75	13.45	—	13.70	—	—	
	New York	1001/2	15	139.50	1185.62	158.85	23.05	1710.30	157.—	158.—	158.—	153.—	149.50	146.50	
	Chicago	681/2	10.9	111.83	937.—	126.10	18.66	1357.70	125.37	128.87	127.25	126.12	124.50	123.62	
Mais	Hamburg	ca. 7.50	—	399.75	—	479.—	—	—	475—482	472—478	480—490	500—505	495—500	508—512	
	New York	—	—	68.50	622.20	72.58	11.54	838.49	75.37	76.12	75.75	75.50	74.62	74.62	
	Chicago	681/2	10.9	61.62	558.73	62.83	9.99	725.86	61.50	67.50	61.50	66.12	66.50	66.62	
	Buenos Aires	5.15	20.85	7.85	643.79	8.42	34.10	875.63	8.25	8.25	—	8.05	—	—	
Hafer	Berlin	16.20	—	395.25	—	584.07	—	—	575—590	575—590	580—590	590—595	595—605	610—615	
	Chicago	381/2	16.64	39.50	566.12	35.68	9.99	720.57	39.87	40.37	40.—	39.50	39.37	39.25	
	Buenos Aires	5.55	47.82	8.70	1521.95	8.60	74.22	1950.—	8.65	8.53	—	8.65	—	—	
Roggen	Berlin	8.25	—	422.—	—	566.80	—	—	545—550	535—538	540—543	550—553	555—560	570—575	
	Chicago	70	11.1	88.10	803.80	100.50	15.98	1161.—	100.50	102.25	101.25	100.37	99.75	99.25	
Gerste	Hamburg	8.50	—	451.—	—	676.—	—	—	625—635	625—635	625—635	630—635	635—640	640—650	
		—	—	—	—	601.10	—	—	570—620	580—620	585—620	600—650	620—650	625—650	
Oele, Oelfrüchte															
Baumwollsaatöl	New York	—	je 1000 kg	10.14	je 1000 kg	11.55	je 1000 kg	je 1000 kg	11.65	11.60	11.67	11.60	11.65	11.50	
Palmkernöl	Hamburg	—	—	37.10	—	48.—	—	—	48.—	47.—	—	48.—	48.—	48.—	
Kokosöl	—	—	—	39.50	—	58.—	—	—	52.—	52.—	—	52.—	52.—	52.—	
Kopra	London	32.26	644.6	26.—/10	25507.—	25.17	504.76	31949.—	25.2/6	—	—	26.5/—	26.5/—	23.—	
Leinöl	Hamburg	—	—	37.20	—	53.60	—	—	56.—	55.—	—	56.—	56.—	57.—	
	Hull	25	501.75	33.8	32950.40	38.8/0	766.—	48527.—	441/4	44.—	44.—	433/4	431/2	431/2	
Raps	Berlin	—	—	818.—	—	1030	—	—	1075—1100	1075—1100	1075—1100	1075—1100	1100—1125	1100—1125	
Fleisch, Fette															
Speck	Chicago	—	—	10.04	je 100 kg	11.66	je 100 kg	je 100 kg	12.50—13.50	12.50—13.50	12.611/2—13.50	12.621/2—13.50	12.621/2—13.50	—	
Schweinefl.	Hamburg	20.20	188.4	18.70	9539.—	20.60	1921.—	13308.—	22.70	22.95	22.95	22.95	22.95	23.20	
Schmalz	—	—	—	28.—	6444.—	27.50	115.5	8002.—	281/2	283/4	283/4	283/4	283/4	281/2	
	New York	—	—	69.—	—	89.50	—	—	87.—	88.—	88.—	90.—	92.—	92.—	
	Chicago	10.67	99.50	11.50	5863.—	11.68	108.9	7545.—	12.40	12.40	12.40	12.40	12.40	12.25	
Talg	Hamburg	—	—	10.52	5019.—	10.82	100.95	6989.—	11.40	11.421/2	11.40	11.40	11.40	11.25	
	New York	6.88	64.20	6.54	3304.—	6.75	63.—	4360.—	48.—52.—	48.—52.—	50.—53.—	49.—53.—	50.—54.—	48.—56.—	
Butter	Berlin	1.28	—	47.50	—	61.95	—	—	6.62	6.75	6.75	6.75	6.75	6.75	
		—	—	—	—	—	—	—	72.—	—	—	72.—	—	—	
Faserstoffe															
Baumwolle	Bremen	1.20	je kg	97.—	—	123.55	je kg	je kg	133.50—136.20	137.10—137.10	142.50—142.80	145.90—145.40	147.90—147.20	148.60	
	New York	12.60	1.12	17.95	90.45	18.06	1.60	116.6	21.25	21.50	21.60	21.65	21.45	21.45	
	New Orleans	—	—	16.32	82.40	16.78	1.50	108.40	19.50	19.75	19.88	20.—	20.—	20.—	
	Liverpool	—/6.68	1.18	—/10	91.78	—/10.18	1.80	121.56	—/11.64	—/11.69	—/11.87	—/11.86	—/11.60	—	
	London	—/9.63	1.71	—/16.75	152.—	—/16.29	2.90	194.5	—/17.50	—/17.45	—/17.70	—/17.78	—/17.85	—	
Wolle	Bremen	—	—	237.—	—	320.—	—	—	380.—	—	380.—	—	380.—	380.—	
	London	2/111/2	4.72	3/6	419.80	3/5	7.70	490.—	4/2	—	4/2	—	4/2	4/2	
Jute	—	35.10	712.48	25.18	25454.—	28.—	5.61	35569.—	30.15/—	31./—	31.10/—	31.5/—	31.10/—	31.15/—	
		—	(1000 kg)	—	—	—	1000 kg	1000 kg	—	—	—	—	—	—	
Seide	Deutschland	42	—	6150	—	6800.—	—	—	7500.—	—	7000.—	—	6750.—	—	
Hanf	London	26.15	536.87	37.10	37942.—	35.7/—	708.80	44868.—	32.—	—	—	32.—	33.—	33.—	
Flachs	London	—	—	95.—	116693.—	92.14/—	1860.—	117760.—	85.—	85.—	—	85.—	—	85.—	
Kautsch., Terpent.															
Kautsch. Crepe	London	3/111/2	je kg	—/9	79.05	—/8.55	1.60	101.70	—/8	—/8	—/7/8	—/7/8	—/7/8	—/7/8	
	Sheets	2/3	6.98	—/9	79.05	—/8.55	1.60	101.70	—/8	—/8	—/7/8	—/7/8	—/7/8	—/7/8	
	Para.	—	5.1	—/11	113.75	—/10.5	1.90	121.80	—/101/2	—/101/2	—/101/2	—/101/2	—/101/2	—/101/2	
Terpentin	New York	45.75	0.40 (I)	89.30	44.3 (I)	86.—	0.75 (I)	55 (I)	93.—	94.—	98.—	98.—	98.—	98.—	
	Savannah	—	—	83.40	41.30 (I)	79.—	0.69 (I)	50.5 (I)	83.25	86.—	90.—	90.—	90.—	90.—	
Schellack	Hamburg	?	?	367.—	—	480.—	—	—	470.—	470.—	465.—	475.—	475.—	480.—	
	London	84—85	1.60	385/—	388.50	417/—	8.94	565.90	370/—	370/—	370/—	370/—	365/—	365/—	
Miner. Erzeugn., Metalle															
Salpeter	London	8/01/2	je 1000 kg	188.5	10/4	12192.—	11/—	243.76	10/9	—	10/9	—	10/9	—	
Petroleum	New York	—	—	17.30	8.60 (I)	16.40	0.14 (I)	16.5 (I)	15.50	15.50	15.50	15.50	15.50	15.50	
Kupfer	Hamburg	130	—	6487.—	—	8091.—	—	—	8125—8250	8150—8225	8250—8350	8350—8475	8500—8700	8500—8700	
	London	651/8	1306.9	61.5	59668.—	59.—	1184.—	74950.—	603/8	604/2	61.—	613/8	621/8	601/8	
	New York	15	1320	13.33	66772.—	12.82	1138.—	82819.—	13.25	13.25	13.25	13.50	13.50	13.50	
Blei	Hamburg	34—35	—	2212.—	—	2931.—	—	—	2950—2975	2925—2975	2975—3050	3050—3100	3100—3150	3100—3150	
	London	181/4	386.20	21.17	21183.—	23.6/—	462.—	29256.—	24.—	24.—	24.—	241/4	241/4	241/4	
	New York	4.15	365.20	4.75	23919.—	5.11	453.—	33011.—	5.37	5.47	5.47	5.62	5.62	5.62	
Zink	Hamburg	46.—	—	2442.—	—	3312.—	—	—	3200—3250	3200—3250	3250—3300	3325—3375	3400—3450	3400—3450	
	London	211/2	431.5	25.5	24739.—	26.15/—	536.80	33981.—	27.—	267/8	27.—	271/8	271/8	271/8	
	New York	5.32	4724	4.64	23345.—	4.96	440.—	32042.—	5.15	5.17	5.17	5.17	5.17	5.17	
Eisen	Deutschland	—	—	—	—	—	—	—	9810.—	—	9810.—	—	9810.—	—	
	London	—	—	—	—	—	—	—	5/5/—	—	5/5/—	—	5.—	—	
	New York	—	—	18.50	4503.—	19.50	79.9	5583	23.50	23.50	23.50	23.50	23.50	23.50	
Kohle	Deutschland	14.40	—	—	—	—	—	—	1704.40	—	1704.40	—	1704.40	—	
	England	16/3	—	—	—	—	—	—	27/—	—	—	—	—	—	
Zinn	Hamburg	427.40	—	15100.—	—	19390.—	—	—	19101—19300	18700—19100	19200—19500	19500—20000	20000—20600	20000—20600	
	London	1691/2	3401.8	152.—	111101.—	139.—	2900.—	189281.—	1491/8	1481/8	14				

Dokumente der Weltwirtschaft und Weltpolitik

Der Text des Berichts der Finanzkommission der Konferenz in Genua

A. Entschließung der Finanzkommission vom 20. April 1922:

Die Kommission übermittelt der Konferenz die Berichte, die sie von den Unterkommissionen über Währung und Wechselkurse erhalten hat und empfiehlt der Konferenz die folgenden Entschlüsse zur Annahme:

I. Währung:

Entschliebung 1. Das wesentliche Erfordernis für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ist, daß jedes Land die Beständigkeit des Wertes seiner Währung (Currency) herstellt.

Entschliebung 2. Banken und insbesondere Notenbanken sollten frei von politischem Druck (pressure) sein und sollten ausschließlich nach den Richtlinien kluger Finanzgebarung geleitet werden. In Ländern, in denen es keine Zentralnotenbank gibt, sollte eine solche errichtet werden.

Entschliebung 3. Maßnahmen zur Währungsreform werden erleichtert werden, wenn eine Praxis beständiger Zusammenarbeit zwischen den Zentralnotenbanken oder anderen Banken, die mit der Regelung der Kreditpolitik in den verschiedenen Ländern sich befassen, entwickelt werden kann. Eine solche Zusammenarbeit der Zentralbanken, die sich nicht notwendig auf Europa zu beschränken brauchte, würde Gelegenheit bieten, ihre Politik in Einklang zu bringen, ohne die Freiheit der einzelnen Banken zu beeinträchtigen. Es wird angeregt, daß eine baldige Versammlung von Vertretern der Zentralbanken abgehalten wird, in der Absicht, zu beraten, wie diese Empfehlung am besten wirksam gemacht werden kann.

Entschliebung 4. Es ist wünschenswert, daß alle europäischen Währungen auf einem gemeinsamen Maßstab (Standard) gegründet werden.

Entschliebung 5. Gold ist der einzige gemeinsame Maßstab, den alle europäischen Staaten gegenwärtig annehmen übereinkommen könnten.

Entschliebung 6. Es liegt im allgemeinen Interesse, daß europäische Regierungen jetzt erklären, daß die Wiederrichtung einer Goldwährung (gold standard) ihr Endziel ist und sich über das Programm verständigen, durch das sie dieses Ziel zu erreichen suchen.

Entschliebung 7. Solange ein Defizit in dem Jahresbudget des Staates besteht, das durch die Schaffung von notalem Geld (fiduciary money) oder Bankkrediten gedeckt werden muß, ist keine Währungsreform möglich und kann keine Annäherung an die Errichtung der Goldwährung gemacht werden. Die wichtigste Reform muß es daher sein, die Deckung der jährlichen Ausgaben des Staates ohne Schaffung von neuen Krediten herbeizuführen, denen keine neuen Aktiven entsprechen. Die Balancierung des Staatshaushalts erfordert angemessene Besteuerung; wenn aber die Regierungsausgaben so hoch sind, daß sie die Besteuerung über dem Punkt treiben, bei dem sie noch aus dem Einkommen des Landes getragen werden kann, so kann die Besteuerung selbst zur Inflation führen. Die Herabsetzung der Staatsausgaben ist das wahre Heilmittel. Die Balancierung des Staatshaushalts wird viel dazu beitragen, eine ungünstige Zahlungsbilanz mit dem Ausland zu verbessern, indem sie den inneren Verbrauch einschränkt. Es wird aber anerkannt, daß im Falle einiger Länder

die ungünstige Zahlungsbilanz der Art ist, daß die Erreichung des Gleichgewichts im Staatshaushalt schwer ist, ohne zusätzliche Hilfe in Gestalt einer Auslandsanleihe (without the assistance in addition of an external loan). Ohne eine solche Anleihe kann die relative Beständigkeit der Währung unerreichbar sein, auf der die Balancierung des Budgets durch die oben angegebenen Mittel zum großen Teile beruht.

Entschliebung 8. Der nächste Schritt wird sein, den Goldwert der Werteinheit zu bestimmen und festzulegen. Dieser Schritt kann in jedem Lande nur getan werden, wenn es die wirtschaftlichen Umstände erlauben; denn das Land wird dann die Frage zu entscheiden haben, ob es die alte Goldparität wählen will oder eine neue Parität, die ungefähr dem Auslandswert der Werteinheit zu jener Zeit entspricht.

Entschliebung 9. Diese Schritte mögen hinreichen, um eine Goldwährung zu begründen, aber deren erfolgreiche Erhaltung würde erheblich befördert werden, nicht nur durch die vorgeschlagene Zusammenarbeit der Zentralbanken, sondern auch durch eine internationale Konvention, die zu passender Zeit anzunehmen wäre. Der Zweck der Konvention wäre, die Nachfrage nach Gold zu zentralisieren und zu koordinieren und so jene starken Schwankungen in der Kaufkraft des Goldes zu vermeiden, die sonst aus der gleichzeitigen konkurrierenden Anstrengung einer Anzahl von Ländern zur Sicherung von Metallreserven sich ergeben könnten. Die Konvention sollte einige Mittel zur Ersparung des Gebrauchs von Gold einschließen, durch Halten von Reserven in der Form von Auslandsguthaben, wie z. B. die Golddevisenwährung oder ein internationales Abrechnungssystem.

Entschliebung 10. Es ist nicht wesentlich, daß die Mitgliedschaft der internationalen Konvention, die in der vorhergehenden Revolution in Betracht gezogen wird, ganz allgemein sein soll, auch nur in Europa; aber je weiter sie sich erstreckt, desto größer wird die Aussicht auf Erfolg sein.

Trotzdem kann, wenn die teilnehmenden Länder und die Vereinigten Staaten sich des gleichen Wertmaßstabes bedienen sollen, kein Plan für die Stabilisierung der Kaufkraft der Werteinheit voll wirksam werden, ohne die Koordination der Politik Europas und der Vereinigten Staaten, die infolgedessen zur Mitarbeit eingeladen werden sollten.

Entschliebung 11. Es ist wünschenswert, daß die folgenden Vorschläge, um die Grundlage einer internationalen Konvention zu bilden, wie sie in Entschliebung 9 in Betracht gezogen ist, der Versammlung der Zentralbanken zur Beachtung übermittelt werden, wie in Entschliebung 3 angeregt worden ist.

1. Die Regierungen der teilnehmenden Länder erklären: daß die Wiederherstellung einer Goldwährung ihr Endziel ist und sie stimmen darin überein, daß das folgende Programm so rasch wie es in ihrer Kraft steht, ausgeführt wird.

a) Um die eigene Währung wirksam beherrschen (control) zu können, muß jede Regierung ihre jährlichen Ausgaben decken, ohne zur Schaffung von notalem Geld oder Bankkrediten zu diesem Zweck ihre Zuflucht zu nehmen.

b) Der nächste Schritt wird, sobald es die wirtschaftlichen Umstände erlauben, die Bestimmung und Festlegung des Goldwertes der Werteinheit sein. Dieses wird nicht notwendig die frühere Goldparität sein.

c) Der so festgelegte Goldwert muß dann in einem freien Devisenmarkt wirksam gemacht werden.

d) Die Aufrechterhaltung der Währung auf ihrem Goldwert muß durch die Vorsorge für eine angemessene Reserve von zugelassenen Aktiven (approved assets) gesichert werden, die nicht notwendig in Gold zu bestehen brauchen:

2. Wenn es der Fortschritt erlaubt, so werden einige der teilnehmenden Länder einen freien Goldmarkt einrichten und so zu Goldzentren werden.

3. Ein teilnehmendes Land kann außer den im Inland gehaltenen Goldreserven, in irgendeinem anderen teilnehmenden Lande Reserven von zugelassenen Aktiven in der Form von Bankguthaben, Wechseln, kurzfristigen Wertpapieren und anderen passenden flüssigen Mitteln unterhalten.

4. Die gewöhnliche Praxis eines teilnehmenden Landes wird es sein, auf Verlangen Wechsel auf die anderen teilnehmenden Länder zu kaufen und zu verkaufen innerhalb eines vorgeschriebenen Bruchteiles der Parität gegen Inlandswährung.

5. Die Konvention wird derart auf einer Golddevisenwährung begründet werden. Die Bedingung beständiger Mitgliedschaft wird die Erhaltung der nationalen Werteinheit auf dem vorgeschriebenen Wert sein. Ein Versagen in dieser Hinsicht wird die Suspendierung des Rechts nach sich ziehen, die Reservenguthaben anderer teilnehmender Länder zu halten.

6. Jedes Land muß verantwortlich sein für die notwendigen gesetzgeberischen und anderen Maßnahmen, die erforderlich sind, um den internationalen Wert seiner Währung auf dem Paritätsstande zu halten; es wird ihr freistehen, die Mittel dazu selbst zu suchen und anzuwenden, entweder mit Hilfe der Regulierung des Kredits durch Zentralbanken oder auf andere Weise.

7. Der Kredit wird reguliert werden, nicht nur in der Absicht, die Währungen miteinander auf der Parität zu halten, sondern auch mit der Absicht, ungebührliche (undue) Schwankungen in der Kaufkraft des Goldes zu verhindern. Es wird aber nicht in Betracht gezogen, daß das Ermessen der Zentralbanken durch irgendwelche festen, zu diesem Zweck aufgestellten Regeln gefesselt werden, sondern daß ihre Zusammenarbeit in solchen Angelegenheiten gesichert werden soll, die außerhalb der Zuständigkeit der teilnehmenden Länder liegen (but that their collaboration will have been assured in matters outside the province of the participating countries).

Entschliebung 12. In der Absicht, die Entwicklung der Praxis ständiger Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken und den die Kreditpolitik regelnden Banken in den verschiedenen Ländern zu befördern, wie sie in Entschliebung 3 befürwortet ist, empfiehlt die Konferenz, daß die Bank von England ersucht wird, eine Versammlung solcher Banken sobald wie möglich zu berufen, um über die Vorschläge zu beraten, die von der Konferenz angenommen sind und ihren bezüglichen Regierungen Empfehlungen für die Annahme einer internationalen Währungskonvention zu machen.

II. Die Kapitalflucht.

Entschliebung. — Wir haben in Betracht gezogen, welche Maßnahme, wenn überhaupt eine, ergriffen werden kann, um die Kapitalflucht zu Steuerhinterziehungszwecken zu verhindern, und wir sind der Meinung, daß alle die Vorschläge zu verurteilen sind, die mit der Freiheit des Wechselmarkts unvereinbar sind oder die Geheimhaltung der Beziehungen der Bankiers zu ihren Kunden unmöglich machen. Vorbehaltlich dieser Beschränkung, sind wir der Meinung, daß die Frage der Maßnahmen zur internationalen Zusammenarbeit zwecks Verhinderung der Steuerflucht mit Nutzen im Zusammenhang mit dem Problem der Doppelbesteuerung untersucht werden

kann, das jetzt durch einen Sachverständigenausschuß von seiten des Völkerbundes untersucht wird. Wir regen daher an, daß der Völkerbund eingeladen wird es in Betracht zu ziehen.

III. Devisenkurse.

Entschliebung 1. Jede künstliche Beherrschung (Control) des Devisenhandels, entweder durch die Forderung einer Handelserlaubnis für Devisentransaktionen oder durch Beschränkung der Sätze, zu denen Transaktionen ausgeführt werden dürfen, oder durch Unterscheidung zwischen den verschiedenen Zwecken, für die die Devisen gebraucht werden mögen, oder durch Verhinderung freien Handels in Termindevisen, ist vergeblich und verderblich und sollten so früh wie irgendmöglich abgeschafft werden.

Entschliebung 2. Es ist wünschenswert, daß dort, wo kein angemessener organisierter Markt für Termindevisen besteht, ein solcher Markt errichtet wird. Es ist angeregt worden, daß in jedem Lande, wo die private Unternehmung nicht fähig ist, einen solchen Markt zu organisieren, die Zentralbank für die nötigen Fazilitäten sorgen sollte, ohne selbst ein ungedecktes Devisenrisiko einzugehen. Sie könnte z. B. anerkannten Banken und Finanzhäusern Fazilitäten gewähren zur Umwandlung von Kassadevisengeschäften im Termindevisengeschäfte durch ein Devisenprolongations- oder Reportsystem, so daß sich die Notierungen beziehen würden auf die Doppeltransaktion von Kassageschäft einerseits und Termingeschäft andererseits.

Die betreffenden Zentralbanken würden übereinkommen, Fazilitäten zu gewähren für das Halten von Auslandsguthaben (und Wertpapieren) als Depositen auf Konto anderer Zentralbanken und unter besonderer Garantie jeder Bank und ihrer Regierung bezüglich der absoluten Liquidität und Bewegungsfreiheit solcher Guthaben unter allen Bedingungen und ihrer absoluten Freiheit von Besteuerung, Zwangsanleihen und Moratorien. Es wird empfohlen, daß dieser Gegenstand von der Konferenz der Zentralbanken, von der früher die Rede war, in Betracht gezogen wird.

B. Berichte des Sachverständigen-Ausschusses der Währungs- und Devisen-Unterausschüsse des Finanzausschusses.

I. Währung.

Wir haben sorgsam die Unterlagen geprüft, die uns vom Währungsunterausschuß übergeben sind und hierbei haben wir die gegenwärtige Währungslage in ganz Europa untersucht. Unsere Folgerungen folgen in beträchtlichem Umfang denen der in London versammelten Sachverständigen. Die interessanten Vorschläge der verschiedenen Delegationen sind vollständig erwogen worden und wir glauben, daß die von ihnen berührten Hauptpunkte in unserem Bericht eingeschlossen sind.

Bei der Abstattung unseres Berichts wünschen wir die folgenden allgemeinen Beobachtungen zu machen:

I. Wir erkennen an, daß wir zu tun haben mit zwei verschiedenen Klassen von Ländern:

Klasse 1. Länder, wo Inflation stattgefunden hat, aber schon zum Stehen gebracht ist, und wo ein gewisses Maß von Deflation schon bewirkt worden ist.

Klasse 2. Länder, wo die Inflation noch andauert.

In Ländern der Klasse 2 ist es wesentlich, daß die Inflation aufhört, damit eine gesunde Währung geschaffen werden kann, und daß sie so in die Klasse 1 übergehen. Das Pro-

gramm, daß in den Entschlüssen 6—8 spezialisiert ist, beschreibt die Schritte, durch die dieser Übergang bewirkt werden sollte. In einigen Fällen kann er nicht ohne Hilfe von außen bewirkt werden, einschließlich der Bereitstellung von ausländischer Hilfe bei der Organisation einer Zentralnotenbank in gewissen Fällen.

II. Die Frage der Devaluation gehört zu denen, die von jedem Lande gemäß seiner Ansicht von seinen eigenen besonderen Bedürfnissen entschieden werden muß. Wir halten es aber für wichtig, die Aufmerksamkeit auf einige der Erwägungen zu lenken, die notwendigerweise für jedes Land von Gewicht sind, das zu einer Entscheidung in dieser Frage kommen will. Es ist vorwaltender Glaube, daß eine Rückkehr zur Vorkriegs-Goldparität notwendig oder wünschenswert um ihrer selbstwillen sei. Unzweifelhaft gibt es Vorteile, die durch eine solche Rückkehr zu erreichen sind, aber wir möchten ausführen, daß bei Ländern, deren Währung weit unter die Vorkriegs-parität gefallen ist, eine Rückkehr zu ihr diejenige soziale und wirtschaftliche Verwirrung (dislocation) im Gefolge haben muß, die mit fortwährenden Wiederanpassungen von Geldlöhnen und -preisen verbunden ist, sowie eine beständige Vermehrung der Last der inneren Schuld. In Anbetracht der sehr großen Schulden, die seit dem Waffenstillstand von vielen der betreffenden Ländern eingegangen sind, sind wir geneigt zu urteilen, daß eine Rückkehr zur alten Goldparität eine zu schwere Belastung der Produktion bedeuten würde.

Wir wiederholen, daß die Entscheidung in jedem Falle dem betreffenden Lande überlassen werden muß, aber wir wagen anzudeuten, daß jenes Land sowohl seiner eigenen inneren Wirtschaft wie der Sache des europäischen Wiederaufbaues einen beträchtlichen Dienst leisten wird, das nach der Erreichung relativer Stabilität seiner Währung auf einem Punkt der somit unter der alten Parität liegt, daß die Rückkehr zu ihr einen langen und schmerzhaften Prozeß bedeutet, — als erstes sich kühn dafür entscheidet, ein Beispiel zu geben für die Erreichung sofortiger Stabilität, ausgedrückt in Gold (in terms of gold), indem es ein neues Goldpari festsetzt, auf oder nahe bei jenem Niveau auf dem die relative Stabilität erreicht worden ist.

III. Wir können schließlich nicht dem Währungsunterausschuß eine Reihe von Empfehlungen aufrichtigerweise unterbreiten, die zur Erreichung praktischer Resultate dienen sollen, als ob sie unmittelbar erreichbar wären, ohne Hinweis auf gewisse andere Eigenschaften der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage Europas. Die Wirtschaft Europas kann nicht auf eine dauernde Rückkehr zum Wohlstand hoffen, so lange sie entweder direkt in der Form von Besteuerung oder indirekt in der Form von Währungsinflationen, den gefährlichsten und fragwürdigsten aller Besteuerungsformen, die Last von Regierungsausgaben tragen muß, die ihre Tragfähigkeit übersteigt. In diesem Zusammenhang können wir nichts besseres tun, als auf die Denkschrift über internationale Finanz und Währung zu verweisen, die den Regierungen der verschiedenen Länder am 16. Januar 1920 übermittelt worden ist und die unter den Dokumenten war, die der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel im September 1920 vorgelegt wurden.

Das Ganze dieser Denkschrift ist, obgleich jetzt mehr als zwei Jahre alt, ebenso zeitgemäß heute wie am Tag seiner Niederschrift, und ehe die Gegenstände, auf die es sich bezieht, und insbesondere das Problem der zwischenstaatlichen Ver-

schuldung entschlossen angepackt worden sind, kann keine Hoffnung endgültigen Erfolgs für die Wiederherstellung der Währungen oder die wirtschaftliche Wohlfahrt Europas gehegt werden.

Auslandsschulden eines Landes müssen in Gleichgewicht sein mit der Fähigkeit anderer Länder, die Mehrproduktion aufzunehmen, durch die allein jede Schulden beglichen werden können. Wenn nun die Last der Auslandsverschuldung eines Landes seine Zahlungsfähigkeit übersteigt und wenn ihm keine Hilfe durch Auslandsanleihen gewährt werden kann, so muß der Versuch, jene Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, demgemäß auf der einen Seite die Störung der Märkte der anderen Länder und auf der anderen Seite die beständige Entwertung der Währung des Schuldnerlandes zur Folge haben, die es völlig verhindern wird, irgendeinen Anfang in der Richtung der Stabilisierung zu machen.

IV. Mit diesen Vorbemerkungen übermitteln wir die folgenden Entschlüssen, die wir als geeignet zur Empfehlung durch den Währungsunterausschuß zur Annahme seitens der auf der Konferenz vertretenen Länder halten möchten. Wir weisen darauf hin, daß die Empfehlungen einen Plan für eine internationale Währungskonvention einschließen.

(Die hier übermittelten Entschlüssen sind diejenigen, die mit einigen Änderungen oben von dem Finanzausschuß angenommen worden sind.)

II. Devisenkurse.

Wir empfehlen die folgenden Entschlüssen als geeignet zur Empfehlung durch den Devisenunterausschuß zur Annahme seitens der auf dieser Konferenz vertretenen Regierungen. Unsere Hauptempfehlung geht auf völlige Freiheit des Devisenhandels. Wir haben nicht versucht, die tief gelegenen Ursachen der bestehenden Störung der europäischen Devisenkurse darzulegen. Einige von diesen Ursachen sind in der Einführung zu unserem Bericht an den Währungsunterausschuß berührt. Jeder Versuch einer vollständigen Untersuchung würde uns weit über den gegenwärtigen Bericht gezogenen Grenzen führen. Ebenso wie bei der Währung, hängt bei den Devisenkursen die vollständige Wiederherstellung von der Regelung von Fragen ab, die nicht innerhalb unseres Bereiches (purview) liegen.

Wir haben sorgfältig den Zusatz und den Änderungsvorschlag in Betracht gezogen, der von der deutschen Delegation hinsichtlich der Maßnahmen zur Verhinderung der Kapitalflucht zu Zwecken der Steuerflucht vorgeschlagen wurde. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß diese Frage betrachtet werden müsse als in die Zuständigkeit des Währungsunterausschusses fallend. Wir haben daher dem Währungsunterausschuß wie folgt berichtet:

Alle Vorschläge sind zu verurteilen, die mit der Freiheit des Wechselmarkts unvereinbar sind oder die Geheimhaltung der Beziehungen der Bankiers zu ihren Kunden unmöglich machen. Vorbehaltlich dieser Beschränkung, sind wir der Meinung, daß die Frage der Maßnahmen zur internationalen Zusammenarbeit zwecks Verhinderung der Steuerflucht mit Nutzen im Zusammenhang mit dem Problem der Doppelbesteuerung untersucht werden können, das jetzt durch einen Sachverständigenausschuß von seiten des Völkerbundes untersucht wird. Wir regen daher an, daß der Völkerbund eingeladen wird, es in Betracht zu ziehen.

(Die hier übermittelten Entschlüssen sind die, mit einigen Änderungen, oben durch den Finanzausschuß angenommenen.)